

Madalena Meinecke, Renata Motta, Michael Neuber, Moritz Sommer, Simon Teune, Janina Hennigfeld, Noémi Unkel, Carolin Küppers

Politische Ernährung

Mobilisierung, Konsumverhalten und Motive von Teilnehmer*innen der Wir haben es satt!-Demonstration 2020



ipb working paper 1/2021

Autor*innen

ipb working papers | Berlin, Januar 2021

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Jannis Grimm, Dieter Rucht und Sabrina Zajak verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/ipb-working-papers/>



„Politische Ernährung. Mobilisierung, Konsumverhalten und Motive von Teilnehmer*innen der Wir haben es satt!-Demonstration 2020“ von Madalena Meinecke, Renata Motta, Michael Neuber, Moritz Sommer, Simon Teune, Janina Hennigfeld, Noémi Unkel und Carolin Küppers ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Ruben Neugebauer/Campact erstellt. Das Foto ist lizenziert mit einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC 2.0) und wurde bereitgestellt von <https://www.flickr.com/photos/campact/49404505717/>.

Das working paper wurde unter dem gleichen Titel als *Food for Justice*-working paper Nr. 3 an der Freien Universität Berlin veröffentlicht.

Meinecke, Madalena; Motta, Renata; Neuber, Michael; Sommer, Moritz; Teune, Simon; Hennigfeld, Janina; Unkel, Noémi & Küppers, Carolin. 2021. Politische Ernährung. Mobilisierung, Konsumverhalten und Motive von Teilnehmer*innen in der Wir haben es satt!-Demonstration 2020, *ipb working paper series*, 1/2021. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

Madalena Meinecke
Freie Universität Berlin
BMBF-Nachwuchsgruppe „Food for Justice“
madalena.meinecke@fu-berlin.de

Renata Motta
Freie Universität Berlin & ipb
BMBF-Nachwuchsgruppe „Food for Justice“
renata.motta@fu-berlin.de

Michael Neuber
Technische Universität Berlin & ipb
neuber@campus.tu-berlin.de

Moritz Sommer
DeZIM-Institut & ipb
sommer@dezim-institut.de

Simon Teune
IASS Potsdam & ipb
simon.teune@iass-potsdam.de

Janina Hennigfeld
HnE Eberswalde
janina@hennigfeld.com

Noémi Unkel
noemi.shirin@gmail.com

Carolin Küppers
Freie Universität Berlin
BMBF-Nachwuchsgruppe „Food for Justice“
carolin.kueppers@fu-berlin.de

Abstract

Die von dem Bündnis *Meine Landwirtschaft* organisierte Großdemonstration *Wir haben es satt!* findet seit zehn Jahren zum Auftakt der Agrarmesse *Grüne Woche* in Berlin statt. Das Bündnis setzt sich für eine nachhaltige, faire Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ein und unterstützt deutschlandweit bäuerliche Betriebe. Das working paper fasst die Ergebnisse einer Befragung unter den Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration am 18. Januar 2020 zusammen. Es gibt Auskunft darüber, wer die Demonstrant*innen waren, was ihre Anliegen und politischen Haltungen sind und, nicht zuletzt, wie sie durch ihr eigenes Verhalten in Konsum und Lebensführung eine andere Landwirtschaft unterstützen. Die *Wir haben es satt!*-Demonstration ist stärker von Frauen geprägt als andere Proteste, junge Teilnehmende machen einen geringeren Anteil aus. Die Mehrheit gab an, über einen Hochschulabschluss und ein mittleres bis hohes Einkommen zu verfügen. Die Befragten ordnen sich politisch deutlich links der Mitte ein und sie teilen ein vergleichsweise starkes politisches Engagement: Sie sind häufig Mitglieder in politischen Organisationen und zudem erfahrene Demonstrierende. Fast alle Befragten hatten in der Vergangenheit bereits an Demonstrationen teilgenommen. *Wir haben es satt!*-Demonstrierende sind besonders ernährungsbewusst und bringen ihre politische Position insbesondere durch ethische Kaufentscheidungen zum Ausdruck. Unter den Befragten befanden sich nur wenige Demonstrierende, die selbst Lebensmittel erzeugen. Dieser Befund ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die auf Traktoren mitfahrenden Teilnehmenden nicht befragt werden konnten.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Die Wir haben es satt!– Demonstration 2020	5
1.1. Kurzportrait Meine Landwirtschaft & Wir haben es satt!	5
1.2. Der Ablauf der Wir haben es satt! – Proteste 2020	6
2. Die Methode der Demonstrationsbefragung	7
3. Wer sind die Teilnehmer*innen der Wir haben es satt!-Demonstration	9
3.1. Die demographische Zusammensetzung der Demonstration	9
4. Politisches Engagement und Einstellungen der Demonstrant*innen	13
5. Essgewohnheiten und Konsumverhalten der Demonstrant*innen	19
6. Motive der Demonstrant*innen	23
6.1. Anliegen der Demonstrant*innen	24
6.2. Forderungen der Demonstrant*innen	24
6.3. Kritikpunkte der Demonstrant*innen	26
6.4. Handlungsvorschläge der Demonstrant*innen	27
7. Fazit	28
7.1. Ausblick	29
Abbildungsverzeichnis	31
Abstract, Englisch	31
Literaturverzeichnis	32

Vorwort

Produktion, Vertrieb und Konsum von Lebensmitteln sind in den letzten Jahren zunehmend zu einer politischen Angelegenheit geworden (Holt-Giménez & Shattuck 2011). Ein zentrales Phänomen innerhalb dieses Politisierungsprozesses ist das Erstarken einer Bewegung, die über Demonstrationen aber auch durch andere Protestaktionen für eine Ernährungs- und Agrarwende aufruft. Das wohl bekannteste Protestereignis zum Thema Lebensmittel in Deutschland sind die *Wir haben es satt!*-Demonstrationen, die seit 2011 jährlich im Januar zum Auftakt der Agrarmesse *Grüne Woche* in Berlin von dem Bündnis *Meine Landwirtschaft* organisiert werden. Das Bündnis initiiert seine Protestaktionen unter dem Motto *„Gute Landwirtschaft und gutes Essen“* und spricht somit sowohl die Produktion als auch den Konsum von Lebensmitteln an.

In einer Zeit, in der die Verwobenheit zwischen dem vorherrschenden Landwirtschaftssystem und der Klimakrise sowie die Konflikte um erneuerbare Energieversorgung und Ernährungssicherheit an Bedeutung gewinnen, rückt die Forderung nach einer nachhaltigen Landwirtschaft zunehmend in den Vordergrund. Die konventionell industrielle Landwirtschaft ist auf fossile Ressourcen wie Pestizide und Düngemittel sowie auf globale Transportlösungen (fossile Brennstoffe) ausgerichtet. Immer mehr Studien weisen auf die negativen Auswirkungen des vorherrschenden Agrar- und Landwirtschaftssystems auf die Umwelt hin wie z.B. Verlust der Artenvielfalt, Entwaldung, Verunreinigung von Luft, Boden und Wasser durch Chemikalien und Düngemittel sowie die Missachtung des Tierschutzes. Zudem ist die Landwirtschaft eine der Hauptursachen des Klimawandels (Zukunftsstiftung Landwirtschaft 2016). Wenn die Sektoren Land- und Forstwirtschaft und andere Landnutzung (AFOLU) zusammengefasst werden, beträgt der Anteil der anthropogenen Treibhausgasemissionen (2007-2016) etwa 23 Prozent (IPCC 2019: 4). Addiert man Transport, Marketing und Handel sowie Verkauf und Konsum von Nahrungsmitteln, schätzt der Weltklimarat (IPCC), dass die Emissionen 21 bis

37 Prozent der gesamten anthropogenen Netto-Treibhausgasemissionen betragen (IPCC 2019: 7).

Die Umstellung von einer Erdöl-basierten auf eine Biomasse-basierte Agrarwirtschaft (Bioökonomie), sprich das Ersetzen von fossilen Ressourcen durch verschiedene nachwachsende Rohstoffe, spielt eine immer wichtigere Rolle in gesellschaftlichen und politischen Diskursen. Dennoch gibt es weiterhin aus normativ-politischer Sicht zahlreiche Unklarheiten und nicht zuletzt auch ökonomische Konflikte, wie diese postfossile Transformation aussehen und vollzogen werden soll. Technokratische Lösungsansätze, basierend auf mehr Technologie und Effizienz im Sinne des Paradigmas ökologischer Modernisierung, stoßen auf Kritik und Widerstand in der organisierten und mobilisierten Zivilgesellschaft. Die Transformation der Agrarwirtschaft in Richtung einer Bioökonomie setzt einen gesellschaftlichen Wandel voraus, in dem Werte wie ökologische Nachhaltigkeit, gesundes Essen, fairer Handel, Erhaltung der Biodiversität sowie Schutz der Tier- und Menschenrechte im Vordergrund stehen. Auf Demonstrationen wie *Wir haben es satt!* werden die Anliegen, Forderungen und Lösungsvorschläge der mobilisierten Bevölkerung in die Öffentlichkeit getragen.

In diesem Kontext entwickelte sich das Forschungsinteresse, eine Online-Befragung unter den Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration durchzuführen. Die Befragung soll unter anderem Einblicke in die *politische Ernährung* der Demonstrant*innen geben. Darunter verstehen wir nicht nur das Ess- und Konsumverhalten im Sinne eines politischen Konsums, sondern auch inwiefern sich die Teilnehmer*innen politisch mobilisieren, Motive äußern und Forderungen an den Staat stellen. In anderen Worten, wie sie sich für eine Agrar- und Ernährungswende engagieren.

Wir möchten als Forschungsgruppe anhand dieser Ergebnisse weitere Forschungsfragen ableiten und einzelnen Hypothesen im Zusammenhang des Projekts *Food for Justice: Power, Politics and Food Inequalities in a Bioeconomy* nachgehen. Denkbar wäre dazu bspw. eine Ausdehnung der Protestbefragung auf den Traktorenzug unter

Einbeziehung ergänzender qualitativer Interviews mit ausgewählten Akteur*innen.

Um ein Porträt der *Wir haben es satt!*-Demonstrant*innen zu zeichnen, schlossen sich die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierte Nachwuchsgruppe *Food for Justice: Power, Politics and Food Inequalities in a Bioeconomy* (ab hier *Food for Justice*) und das *Institut für Protest- und Bewegungsforschung* (ipb) zusammen und führten unter den Teilnehmer*innen der zehnten *Wir haben es satt!*-Demonstration am 18. Januar 2020 eine quantitative Online-Befragung durch.

Food for Justice untersucht seit April 2019 Aspekte von Ungleichheit, Gerechtigkeit, Recht und Demokratie, die in gesellschaftlichen Debatten um die Frage „Wie werden wir die Welt ernähren?“ aufkommen. Die Forschungsgruppe befasst sich mit der sozialen Mobilisierung und mit sozialen und politischen Innovationen, die Ungerechtigkeiten im Ernährungssystem thematisieren. Im Fokus stehen dabei häufig soziale Ungleichheiten wie Klasse, Geschlecht, Race, Ethnizitäten und Nationalität, die die Ernährungssouveränität beeinträchtigen.

Das *ipb* initiiert kooperative Forschung zu Protesten und sozialen Bewegungen. Dabei organisiert es vor allem kurzfristige, anlassbezogene Projekte wie die Befragung von Demonstrationsteilnehmer*innen. Seit 2014 wurden im Rahmen des *ipb* zahlreiche Befragungen durchgeführt, unter anderem bei den Protesten gegen TTIP, bei Pegida oder den Fridays for Future.

Danksagung Wir möchten uns bei all den motivierten und kritisch reflektierten Interviewer*innen bedanken, die sich für eine zweistündige Schulung Zeit genommen und uns während der Demonstration bei der Flyerverteilung und Face-to-Face Befragung unterstützt haben: Tamta Akhaladze, Melissa Berger, Franziska Dittrich, Sarah Dröge, Leona Flach, Charlotte Gengenbach, Nicolas Goetz Restrepo, Joana Hofstetter, Karin Hülsmann, Frithjof Isenberg, Kevin Kaisig, Philipp Keßel, Cosima Langer, Fulko Meyer, Simon Mösch, Marieluise Mühe, Frederik Probst, Rahul Rahman, Bettina Röss, Mascha Schädlich, Ania Spatzier, Luca Sumfleth, Carla Venneri und Lea Zentgraf.

Auch möchten wir uns für den Dialog über die ersten Ideen des Fragebogens bei Birgit Peukmann und Markus Rauchecker sowie für das konstruktive Mitwirken bei der Erstellung des Fragebogens bei Marco Antônio Teixeira, Lea Zentgraf, Nicolas Goetz Restrepo und Kevin Kaisig bedanken.

1. Die Wir haben es satt!– Demonstration 2020

1.1. Kurzportrait Meine Landwirtschaft & Wir haben es satt!

Das Bündnis *Meine Landwirtschaft* ist ein breiter, gesellschaftlicher Zusammenschluss von 50 Organisationen, die unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk, Umweltschutz, Tierschutz, globale und soziale Gerechtigkeit, Demokratie tätig sind. Thematisch befasst sich die Kampagne von *Meine Landwirtschaft* mit der grundsätzlichen Frage der Herkunft von Lebensmitteln in Bezug auf den damit verbundenen Produktionsprozess. Da sich diese Frage nur im Kontext des globalen Wirtschaftssystems beantworten lässt, versteht *Meine Landwirtschaft* die eigene politische Arbeit im Kontext transnationaler Solidarität. Seit 2010 setzt sich die Kampagne aktiv für eine Agrar- und Ernährungswende im Sinne einer bäuerlichen und ökologischen bzw. sozial gerechteren, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion – in Deutschland und weltweit ein. Thematische Schwerpunkte lagen in den letzten Jahren auf der Umsetzung der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), Tierhaltung, Pestiziden, Gentechnik und Nachhaltigkeit im Allgemeinen. Auf der Website von *Meine Landwirtschaft* heißt es zudem: „Wir informieren über Themen rund um gute Landwirtschaft und gutes Essen und fördern den Dialog zwischen Erzeuger*innen und Konsument*innen“. Dieser Dialog soll nicht nur zur Agrar- sondern auch wortwörtlich zu einer Ernährungswende beitragen. Das Motto heißt: „Gutes Essen für alle!“.

Die *Wir haben es satt!*-Demonstration kann als etabliertes und durch ressourcenreiche Organisationen getragenes serielles Protestereignis im Format der Großdemonstration bezeichnet werden. Im Gegensatz zu anderen Protestmobilisierungen, wie z.B. *Fridays for Future*, die sich kurzfristig, dezentral und von unten entwickelt haben (Haunss & Sommer 2020), handelt es sich bei *Wir haben es satt!* um eine stark strukturierte Demonstration. Das Besondere an *Wir haben es satt!* ist die Koalition von verschiedenen sozialen Bewegungen und ihren Organisationen, wie dem BUND, Greenpeace, Attac u.a. Jede der Organisationen hat ihre eigenen Kampagnen und Protestaktionen wie Petitionen, Demonstrationen, Sitzblockaden u.ä. *Meine Landwirtschaft* ist also ein Schnittpunkt für verschiedene soziale Bewegungen und deren Protestformen.

Mit dem Aufruf „Agrarwende anpacken, Klima schützen! – Wir haben die fatale Politik satt!“ forderte *Meine Landwirtschaft* in ganz Deutschland Bäuer*innen und Konsument*innen auf, am 18. Januar an der zehnten *Wir haben es satt!*-Demonstration teilzunehmen. Auf der Kampagnen-Webseite wird beschrieben, dass die aktuelle industrielle Landwirtschaft fatale Auswirkungen hätte: „Flächendeckender Pestizideinsatz tötet massenhaft Insekten. Zu viel Gülle verschmutzt unser Wasser. Für das Gensoja-Futter in deutschen Tierfabriken werden Regenwälder abgebrannt. Dumping-Exporte überschwemmen die Märkte im globalen Süden und berauben unzählige Bäuer*innen ihrer Existenz. Die Agrarindustrie heizt die Klimakrise und gesellschaftliche Konflikte gefährlich an“ (*Wir haben es satt* 2020). Auch steht die Verteilung der Agrarsubventionen durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union im Fokus der Debatten, da die Bundesministerin für Landwirtschaft und Ernährung, Julia Klöckner, aufgrund der diesjährigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft eine noch einflussreichere Rolle innehat als zuvor. Ihr wird vorgeworfen, die Bäuer*innen bei den notwendigen Veränderungen allein zu lassen, indem unter anderem Subventionen weiterhin jenen zukommen, die viel Land besitzen – „egal, wie sie wirtschaften“ (*Wir haben es satt* 2020). Demnach fordert das Bündnis von der Bundesregierung „eine Politik, die uns eine Zukunft gibt“. Des Weiteren wird

die Bundesregierung aufgefordert, ein klares Veto gegen das Mercosur-Abkommen einzulegen. Zusammenfassend beziehen sich die Forderungen des Bündnisses im Jahr 2020 vordergründig auf die EU-Agrarreform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die Subventionen, die gezielt zur Förderung einer artgerechten Tierhaltung und für mehr Klima- und Umweltschutz eingesetzt werden sollen. Der Aufruf des Bündnisses im Zeichen des Klimaschutzes ist geprägt durch die Klimaproteste im Jahr 2019. Mit *Fridays for Future* rief ein zentraler Akteur dieser Proteste auch zur Teilnahme an der *Wir haben es satt!*-Demonstration auf und verzichtete dabei auf eine eigene, für den Vortag geplante Demonstration. Hier können wir eine Verflechtung zweier Bewegungen beobachten, die sich gegenseitig stärken und ineinander verwoben sind. Ein großer Teil der Befragten (40,2%) gibt an, dass sie für beide Bewegungen auf die Straße gehen würden.

1.2. Der Ablauf der *Wir haben es satt!* – Proteste 2020

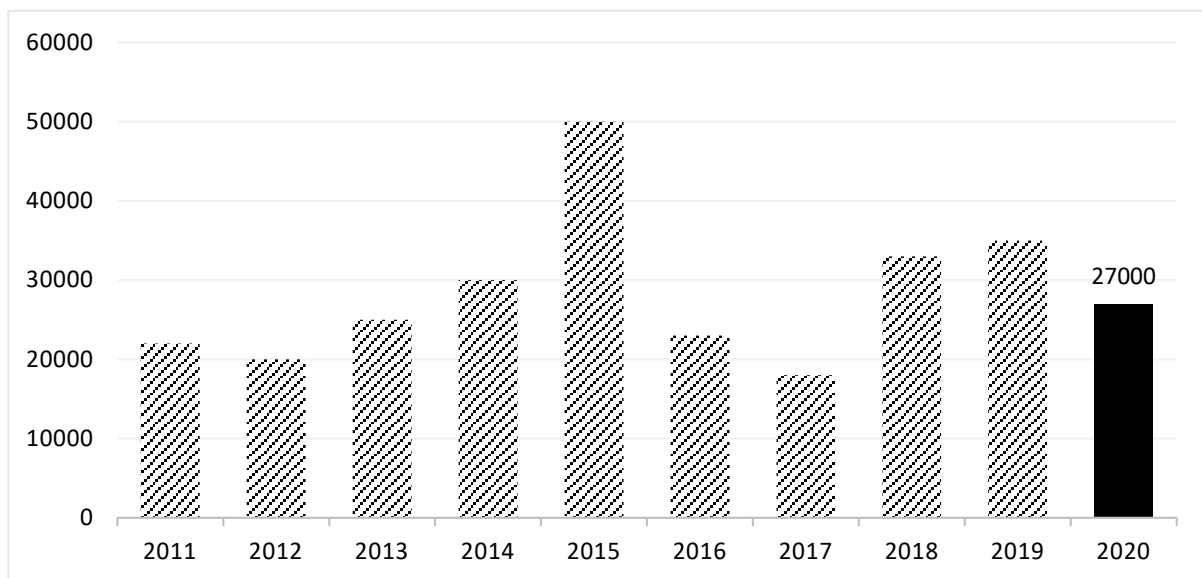
Über die Jahre hat sich bei den *Wir haben es satt!*-Protesten ein wiederkehrender Ablauf etabliert. Er besteht aus einer Traktoren-Demonstration, einer gemeinsamen Auftaktkundgebung und dem Demonstrationzug durch das Berliner Regierungsviertel. Am Vorabend findet zudem seit 2012 eine sogenannte „Schnippeldisko“ statt. Während Musik aufgelegt und getanzt wird, „schnippeln“ Freiwillige große Mengen an Gemüse. Gleichzeitig werden auch Workshops, Kunstprojekte und Diskussionsrunden angeboten. Inspiriert von dem Aktionsformat *Teller statt Tonne von Slow Food* werden Ausschusswaren von Lebensmittelerzeuger*innen verwendet. 2020 fand das Event im Zirkuszelt Cabuwazi auf dem Tempelhofer Feld in Berlin statt. Das geschnittene Gemüse wurde vor Ort zu Suppe verkocht und am nächsten Tag während der Auftakt- und Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor sowie nach der Demonstration in der Heinrich-Böll-Stiftung während des Events *Soup & Talk* ausgegeben.

Am Samstag, dem 18. Januar 2020, startete um 8 Uhr die Traktoren-Demonstration zur Agrarminister*innenkonferenz im Auswärtigen Amt, wo die

Bundesministerin Julia Klöckner rund 70 Agrarminister*innen aus aller Welt begrüßte. In diesem Rahmen findet jedes Jahr die Übergabe einer bäuerlichen Protestnote statt. Um 12 Uhr versammelten sich die Demonstrant*innen zur Auftaktkundgebung am Brandenburger Tor. An der Demonstration nahmen laut *Meine Landwirtschaft* 27.000 Protestierende teil. Seit der ersten

Wir haben es satt!-Demonstration im Jahr 2011 lag die Zahl der Teilnehmer*innen zwischen 18.000 (2017) und 50.000 (2015) Teilnehmer*innen (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Anzahl der Teilnehmer*innen nach Angaben der WHES-Veranstalter*innen



2. Die Methode der Demonstrationsbefragung

Die Demonstrationsbefragung ist eine etablierte Forschungsmethode der Protestforschung. Sie erlaubt es, Momentaufnahmen gesellschaftlicher Konflikte zu machen, die Aufschlüsse über die Zusammensetzung der Beteiligten und deren Einstellungen geben. Die Menschen, die an einer Demonstration teilnehmen, stellen einen mobilisierten Teil der Zivilgesellschaft dar, der seine Kritik öffentlich sichtbar machen will. Damit zeigen Demonstrationsbefragungen einen Ausschnitt eines Konfliktes, der nicht nur auf der Straße ausgetragen wird und der mit Adressat*innen, Gegner*innen, Mittler*innen und Verbündeten von komplexen Akteurskonstellationen geprägt ist.

Bei der Befragung von Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration wurden zwei Erhebungstechniken kombiniert: Nach einem

Zufallsprinzip ausgewählte Personen wurden mit einem Handzettel darum gebeten, einen Online-Fragebogen auszufüllen. Jede fünfte Person wurde zusätzlich dazu zur Teilnahme an einer Vor-Ort-Befragung gebeten. Durch die Kombination dieser beiden Methoden lässt sich abschätzen, inwieweit bestimmte Gruppen in der Befragung über- oder unterrepräsentiert sind.

Anders als bei Bevölkerungsumfragen sind die Kennwerte der Grundgesamtheit von Demonstrant*innen nicht bekannt. Eine repräsentative Befragung, in der die befragten Personen nach diesen Kriterien ausgewählt werden, ist deshalb in diesem Kontext nur indirekt möglich. Die

Methode, mit der man sich dem Ideal der Repräsentativität annähern kann, ist ein Zufallssystem, nach dem jede an der Demonstration teilnehmende Person die gleiche Chance hat, für die Befragung ausgewählt zu werden. Das bei *Wir haben es satt!* gewählte Zufallssystem orientiert sich daher an dem internationalen Forschungsprojekt „Caught in the Act of Protest - Contextualizing Contestation“ (im Folgenden CCC) (Klandermans et. al 2011). 32 Interviewer*innen wurden nach diesem System geschult und in Teams von drei bis vier Personen eingesetzt.

Für die Gewährleistung der möglichst zufälligen Auswahl unter den Demonstrationsteilnehmer*innen kamen in Anlehnung an die CCC-Methodik folgende Techniken zum Einsatz: 1) Die Auswahl und Ansprache der zu Befragenden wurde nicht von derselben Person umgesetzt, sondern auf zwei Personen (Interviewer*in und Pointer*in) aufgeteilt, wodurch eine Verzerrung durch persönliche Sympathie minimiert wird. 2) Um den Teilnehmer*innen in ihrer räumlichen Verteilung gerecht zu werden, wurden zwei Methoden zur Erschließung des Raumes verfolgt. Der Ort der Auftaktkundgebung, der Platz des 18. März, wurde in Sektoren aufgeteilt, die von den Befragungs-Teams systematisch erschlossen wurden. Je nach Dichte der Menschenmenge wurden die Personen nach einer gleichbleibenden Systematik ausgewählt. Im Demonstrationzug wurden die Teams nach und nach eingesetzt. Hier erschlossen sie jeweils einen Abschnitt des Zuges und gingen nach dem gleichen System vor. Mit dieser Methode konnte weitestgehend sichergestellt werden, dass die Wahrscheinlichkeit, zur Online-Befragung eingeladen zu werden, über alle Teilnehmer*innen gleichverteilt war.

Insofern beziehen sich im Folgenden alle Aussagen auf die im Demonstrationzug Beteiligten. Einschränkend ist anzumerken, dass eine bestimmte Sektion der Demonstration, in der die Demonstrant*innen mit 165 Traktoren auftraten, für das Befragungsteam größtenteils unzugänglich war. Diese Verzerrung im Sampling ist ein

Grund dafür, dass im Datensatz die Gruppe der kommerziellen Lebensmittelproduzent*innen¹ mit etwa drei Prozent sehr klein ist. Auf Basis der Anzahl der Traktoren und der geschätzten Anzahl an Passagieren im Verhältnis zur Gesamtzahl der Demonstrationsteilnehmer*innen ist aber davon auszugehen, dass die Gruppe der Konsument*innen auf der *Wir haben es satt!*-Demonstration insgesamt klar dominiert. 51 Prozent der Befragten geben an, keine eigenen Lebensmittel zu produzieren und weitere 45 Prozent stellen Lebensmittel ausschließlich für den Eigenverzehr her.

Auf dem von den Befragungsteams verteilten Handzetteln fanden die ausgewählten Personen eine URL und einen individuellen Zugangscode, mit dem die Befragung freigeschaltet werden konnte. Damit wurden die Möglichkeiten zur Teilnahme von nicht ausgewählten Personen erschwert. Insgesamt fanden 1.194 Kontakte statt, dabei wurden 1.020 Handzettel ausgegeben und 199 Interviews geführt. 256 Personen füllten den Online-Fragebogen vollständig aus. Daraus ergibt sich eine Rücklaufquote von 25 Prozent – ein für Online-Befragungen guter Wert. Auch die Kooperationsquote, die jenen Anteil der angesprochenen Demonstrant*innen repräsentiert, der bereit war, einen Handzettel entgegenzunehmen bzw. ein Kurzinterview durchzuführen, war mit 86 Prozent vergleichsweise hoch.

Der Online-Fragebogen besteht aus zehn Modulen. Davon wurden fünf Module aus einem Kernfragebogen des ipb verwendet (Modul A: *Motivation*; Modul H *Organisationsbindung, Kommunikationskanäle, Spontaneität*; Modul I: *Aktivistische Erfahrung/Engagement*, Modul K: *Politische Orientierung/Parteienbindung*, Modul L: *Demografische Fragen*). Da diese Fragebatterien in vorherigen Demonstrationbefragungen des ipb angewandt wurden, lassen sich die Ergebnisse der Befragung mit bei anderen Demonstrationen erhobenen Daten vergleichen. Die fünf weiteren Module wurden themenspezifisch für die *Wir haben es satt!*-Demonstration entwickelt (Modul B:

¹ Eine grobe Schätzung auf Grundlage der Anzahl der Traktoren ergibt einen Anteil der Lebensmittelproduzent*innen unter den Demonstrant*innen von sechs

Prozent bis acht Prozent. In der Schätzung gehen wir davon aus, dass die Traktoren mit Anhängern mit jeweils ein bis acht Personen besetzt waren.

*Themenspezifische Fragen*², Modul C: *Konsum- und Kaufverhalten*³, Modul D: *Anbau*, Modul E: *Tierhaltung*, Modul F: *Lebensmittelverkauf*⁴).

Im ausführlichen Online-Fragebogen wurden zudem zwei offene Fragen gestellt, um ein detailliertes Bild von den individuellen Positionen der Befragten zu erhalten. Die Antworten auf die Fragen zu persönlichen Anliegen im Protest und Handlungsvorschlägen wurden mittels computergestützter qualitativer Daten- und Textanalyse (MAXQDA) mit Bezug auf ihre Kernaussage sowie das Vorkommen bestimmter Schlagwörter kodiert. Das Kodieren ist ein zentraler Bestandteil der qualitativen Inhaltsanalyse bei der induktiv Kategorien am Material entwickelt und anschließend Textsegmente diesen Kategorien zugeordnet werden (vgl. Kuckartz 2016).

Der Anteil ausführlicher Erläuterungen und Antworten im Hinblick auf die offenen Fragen lässt auf ein hohes Erklärungs- und Differenzierungsbedürfnis der Demonstrant*innen schließen. Vor diesem Hintergrund zeigt sich einerseits, dass es sinnvoll ist, die Befragten im Rahmen einer quantitativen Umfrage mithilfe von offenen Fragen selbst zu Wort kommen zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, Aussagen über die festgelegten Antwortoptionen hinaus zu treffen. Andererseits werden hier die bekannten Limitierungen einer rein quantitativen Datenerhebung deutlich.

3. Wer sind die Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration

Wohl keine Protestbewegung bringt einen Querschnitt der Bevölkerung auf die Straße. Wer bei einer Demonstration anwesend ist, gibt also Rückschluss darauf, welche Teile der Gesellschaft

mobilisiert werden konnten, wer sich hauptsächlich betroffen fühlt oder schlicht, wem es möglich ist und zielführend erscheint, sich in dieser Form politisch zu engagieren. Während Protestbewegungen einen unabdingbaren Bestandteil funktionsorientierter Demokratien darstellen, ist ihre Zusammensetzung deutlich weniger repräsentativ für die gesamte Bevölkerung als z.B. Wahlen. Seit der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts werden soziale Bewegungen in Deutschland und Westeuropa vor allem von einer gut gebildeten, politisch aktiven Mittelschicht getragen (Van Aelst & Walgrave 2001; Hadjar & Becker 2007; Stolle & Hooghe 2011). Im Folgenden sollen die demographischen Daten der Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration vor dem Hintergrund dieses Bias bei der außerparlamentarischen politischen Beteiligung untersucht werden.

3.1. Die demographische Zusammensetzung der Demonstration

Das Geschlechterverhältnis unter Demonstrant*innen variiert je nach Thema deutlich. Während die Proteste gegen TTIP oder G20 etwa paritätisch besucht waren (Daphi et al. 2016; Haunss et al. 2017), zeigt sich bei völkischen und extrem rechten Protesten eine starke Dominanz von Männern (Daphi et al. 2015). Bei der *Wir haben es satt!*-Demonstration 2020 stellen Frauen mit 57,3 Prozent deutlich mehr als die Hälfte der Befragten. Bei 1,2 Prozent, die sich nicht im binären Geschlechtersystem verorten, verbleiben in der Kategorie „männlich“ 41,5 Prozent.

Die Asymmetrie zugunsten der Beteiligung von Mädchen und Frauen teilen sie mit den frühen *Fridays for Future* Protesten. Beim Globalen Klimastreik in Berlin und Bremen im März 2019 machten Frauen 59,6 Prozent der

² Dieses Modul setzte sich aus Fragen bzgl. des aktuellen Lebensmittelsystems und Agrarpolitik zusammen.

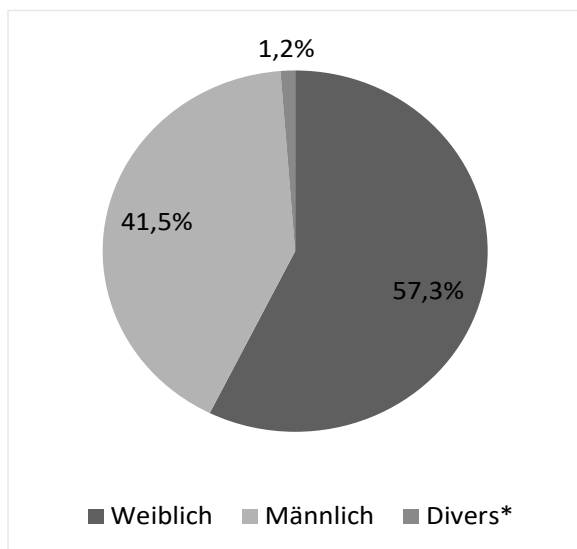
³ Diese Fragebatterie wurde in Anlehnung an eine TNS-Emnid-Umfrage des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) entwickelt. Der Schwerpunkt der repräsentativen Verbraucherbefragung (1.000 Befragte, Bevölkerung ab 18 Jahren,

Zeitraum 29.11.2013 bis 02.12.2013) waren die Bereiche „Lebensmittelkonsum und Ernährung“, Lebensmittelwirtschaft“ und „ländlicher Raum“.

⁴ Modul D, E und F wurden in Anlehnung des Fragebogens für die von *Food for Justice* durchgeführte *Marcha das Margaridas*-Befragung im Jahr 2019 entwickelt (siehe Teixeira et. al. i.E.).

Teilnehmer*innen aus (Sommer et al. 2019).⁵ Im Kontrast dazu betrug bei der Befragung von Demonstrant*innen gegen Stuttgart 21 der Frauenanteil lediglich 40 Prozent (Baumgarten & Rucht 2013); unter den Pegida-Demonstrant*innen lag er sogar nur bei 18 Prozent (Daphi et al. 2015).

Abbildung 2: Geschlechterverteilung



Mit Blick auf die Altersstruktur (Abbildung 3) zeigen unsere Daten, dass der Protest für Ernährungs- und Umweltgerechtigkeit im Vergleich zu anderen Demonstrationen stärker von älteren Aktivist*innen getragen wird. Mehr als die Hälfte der Befragten war zwischen 40 und 64 Jahren alt. Weitaus mehr Teilnehmer*innen aus den höheren Alterskohorten waren beispielsweise bei den Protesten gegen Stuttgart 21 und Hartz IV. Auf der *Wir haben es satt!*-Demonstration waren Jugendliche und junge Erwachsene etwas unterrepräsentiert: nur knapp vier Prozent der Befragten waren zwischen 14 und 19 Jahre alt⁶. Der Altersdurchschnitt der bei der *Wir haben es satt!*-Demonstration Befragten, die angeben, an *Fridays for Future*-Aktionen teilgenommen zu haben, liegt bei 44 Jahren (Median⁷: 48 Jahre) und liegt damit 10 Jahre, beim Medianalter sogar 17 Jahre über dem der *Fridays for Future*-Demonstrant*innen (vgl. Neuber & Gardner 2020).

⁵ In Berlin und Chemnitz wurde bei den Großprotesten der Fridays for Future bereits im September eine ausgewogene Geschlechterverteilung beobachtet (Neuber & Gardner 2020). Für weiterführende Analysen zu Fridays for Future, siehe auch Haunss & Sommer 2020.
⁶ Dabei ist zu berücksichtigen, dass unsere Befragung aus juristischen und forschungsethischen Gründen nur Teilnehmer*innen ab 14 Jahren einschließen konnte.

Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren, die an der Demonstration teilgenommen haben, sind daher nicht berücksichtigt.

⁷ Jede Bevölkerung lässt sich nach dem Alter in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilen, das entsprechende Teilungsalter wird als „Medianalter“ bezeichnet (Bundeszentrale für politische Bildung 2011).

Abbildung 3: Vergleich der Altersstrukturen ausgewählter Demonstrationen

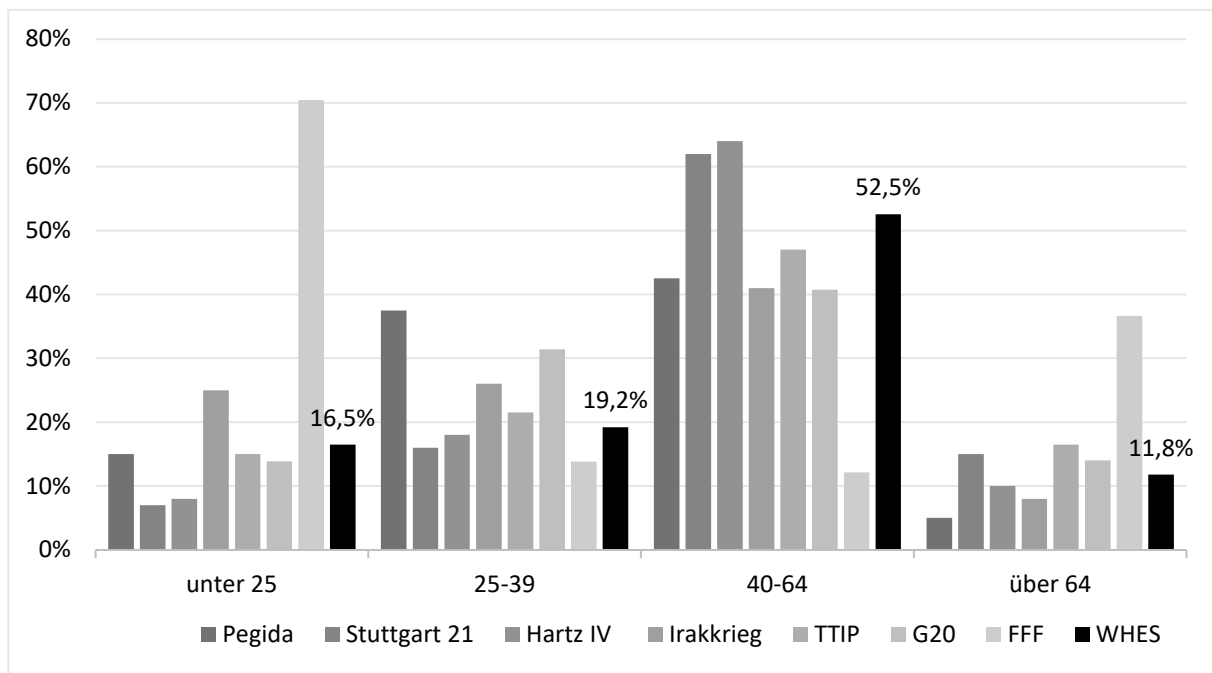


Abbildung 4: Bildungsgrad der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen

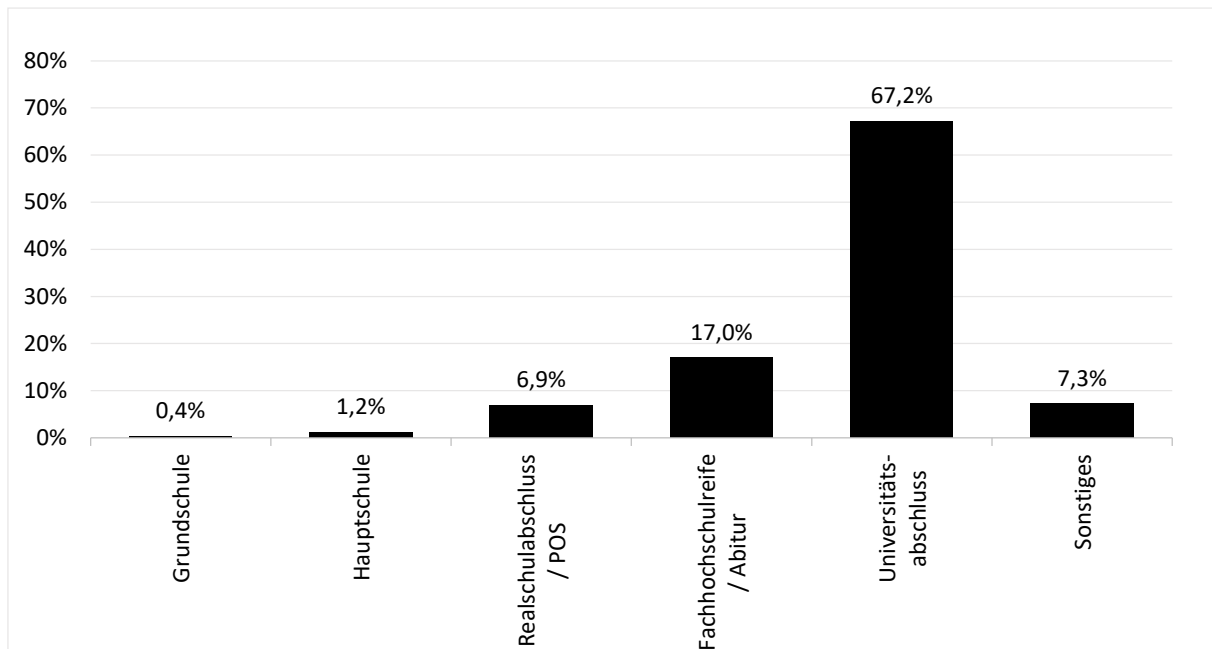
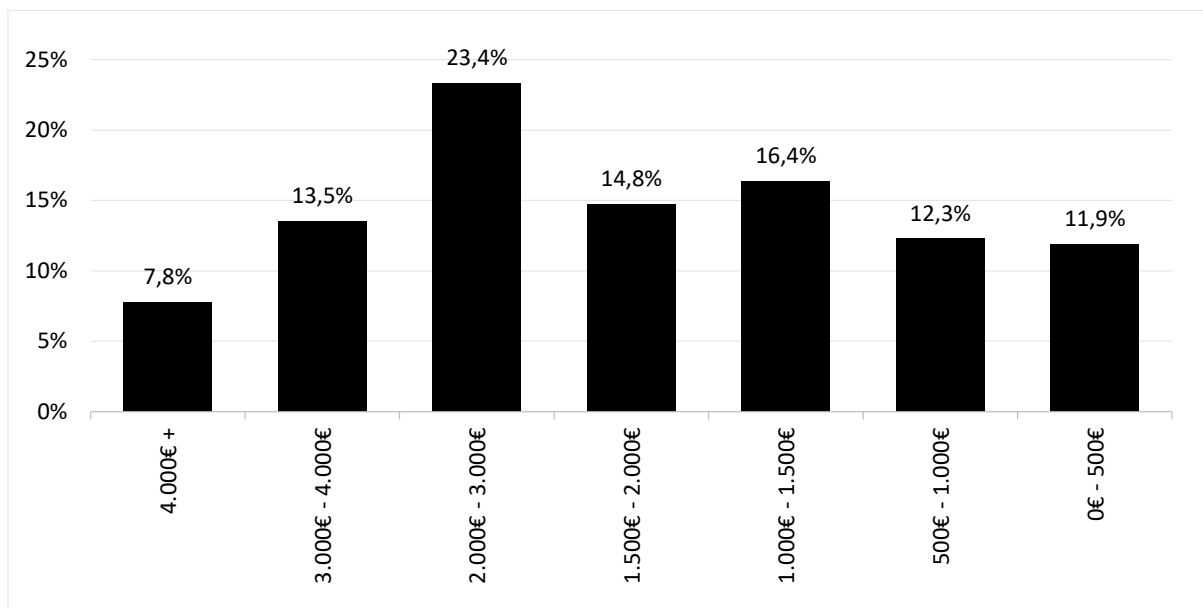


Abbildung 5: Netto-Einkommen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen



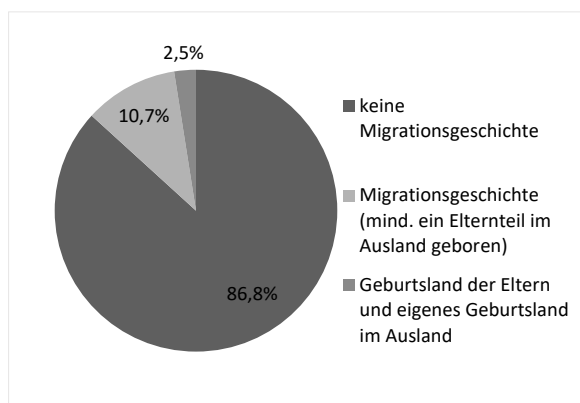
Frage L5: Wie hoch war Ihr Einkommen (Nettoverdienst), d.h. Lohn oder Gehalt nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, im letzten Monat?

Im Einklang mit der Beobachtung, dass Protestbewegungen in Deutschland überwiegend von einer gebildeten, politisch aktiven Mittelschicht getragen werden, überrascht der hohe Bildungsstatus der Demonstrant*innen nicht (Abbildung 4, oben). Über zwei Drittel der Befragten (67,2%) geben einen solchen als höchsten Bildungsabschluss an. Der Anteil der Befragten ohne Fachhochschulreife liegt unter neun Prozent.

Auch der ökonomische Status der Befragten ist vergleichsweise hoch (Abbildung 5, oben). Das jeweilige Netto-Einkommen ist auf den ersten Blick zwar relativ gleichmäßig verteilt. Alle Einkommensklassen zwischen Null und 500€ sowie 4.000€ aufwärts waren vertreten. Fast die Hälfte (44,7%) der Befragten verdienen jedoch zwischen 2.000€ und 4.000€ monatlich⁸. Da im Fragebogen nach dem individuellen Nettoeinkommen gefragt wurde, kann man davon ausgehen, dass die Haushaltseinkommen teils deutlich höher ausfallen.

⁸ Laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln gehört ein Single in dieser Einkommensklasse bereits zur oberen Mittelschicht. Auch ein Paar

Abbildung 6: Anteil der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen mit Migrationsgeschichte



Die *Wir haben es satt!*-Demonstration hat nicht nur in Bezug auf Bildungsgrad und Einkommen eine relativ homogene Gruppe mobilisiert, sondern auch in Bezug auf den Anteil der Teilnehmer*innen mit Migrationsgeschichte (Abbildung 6). Das Geburtsland der Teilnehmer*innen war in

ohne Kinder und ein Paar mit bis zu einem Kind und dem gleichen Einkommen gehören demnach statistisch zur Mittelschicht (vgl. Niehues 2017).

fast allen Fällen (94,3%) Deutschland. Rund zehn Prozent der Demonstrant*innen geben an, dass mindestens eines ihrer Elternteile im Ausland geboren worden war. Weniger als drei Prozent waren selbst im Ausland geboren.

Für eine Demonstration zum Thema Agrarwende ist es zunächst kontraintuitiv, dass ein Großteil der Befragten aus dem urbanen Raum kommt. 44 Prozent von ihnen waren zum Zeitpunkt der *Wir haben es satt!* Demonstration in Berlin wohnhaft (Abbildung 7). Nach der Hauptstadt sind Brandenburg mit 13 Prozent, Baden-Württemberg mit 10 Prozent und Bayern mit knapp sieben Prozent die Bundesländer mit der stärksten Mobilisierung.

Abbildung 7: Wohnort der *Wir haben es satt!* Teilnehmer*innen (Bundesland)

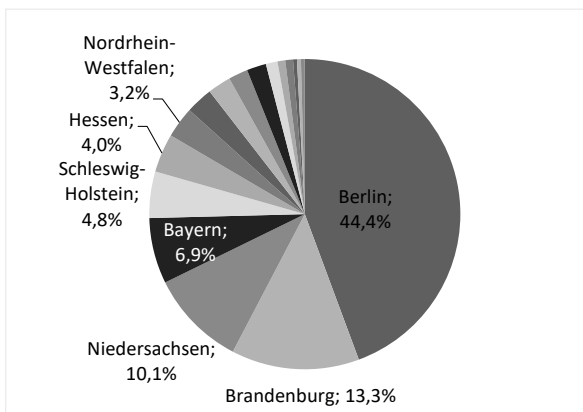
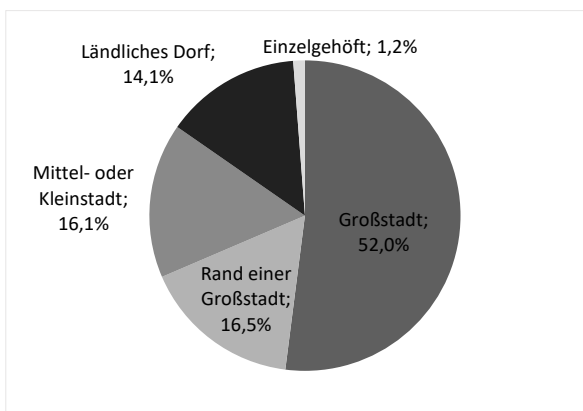


Abbildung 8: Wohnort der *Wir haben es satt!* Teilnehmer*innen (urban oder ländlich)



Frage L4: Welche der Kategorien auf dieser Liste beschreibt am besten, wo Sie wohnen?

Auch bei den Teilnehmer*innen, die von außerhalb Berlins angereist waren scheint es sich zu einem großen Teil um Menschen zu handeln, die in Städten leben (Abbildung 8). So geben 52 Prozent von ihnen an, aus einer Großstadt zu kommen, 16,5 Prozent lebten zum Zeitpunkt der Befragung am Rande einer Großstadt oder in deren Vororten. Nur 1,2 Prozent der Demonstrant*innen leben auf Einzelgehöften oder haben ein alleinstehendes Haus auf dem Land. Diese Verzerrung spiegelt sich auch in dem verschwindend geringen Anteil der Demonstrant*innen wider, die selbst Lebensmittel für den Verkauf anbauen oder verarbeiten.

4. Politisches Engagement und Einstellungen der Demonstrant*innen

Jeder Protest ist Ausdruck eines politischen Anliegen oder Interesses und daher eine Art demokratisches Sprachrohr der Bürger*innen (della Porta 2009, Etzioni 1970). Die Beteiligung an Protesten führt häufig zu einer weiteren Politisierung der Beteiligten: Forderungen können geteilt und kombiniert, kontrastiert und erweitert werden – es bildet sich eine wichtige soziale Dimension, von der individuelle politische Überzeugungen gerahmt werden. Häufig sind daher die Forderungen, die bei einer Demonstration artikuliert werden, eng mit den politischen Überzeugungen der Beteiligten verzahnt.

Bei der von uns untersuchten *Wir haben es satt!*-Demonstration lassen sich, wie bereits beschrieben, starke Verknüpfungen zu den Klimaprotesten der *Fridays for Future* beobachten. Etwa drei Viertel der Befragten (77,1%) geben an, in der Vergangenheit an mindestens einer *Fridays for Future*-Protestaktion teilgenommen zu haben. Selbst bei denen, die nicht bereits an *Fridays for Future*-Demonstrationen teilgenommen hatten, identifiziert sich knapp ein Drittel mit den *Fridays for Future*-Protesten. Demnach bietet es sich an, diese beiden Mobilisierungen im Folgenden mit

Blick auf politisches Engagement und Einstellungen zu vergleichen⁹.

Angesichts der langen Geschichte der *Wir haben es satt!*-Demonstration ist es wenig überraschend, dass ein hoher Anteil der Teilnehmer*innen bereits über Protesterfahrung verfügt. Fast drei Viertel der Beteiligten (73,8%) hatten in der Vergangenheit im Durchschnitt 3,7 mal an einer *Wir haben es satt!*-Demonstration teilgenommen.

Diese Beobachtung passt auch zu den vergleichsweise stark institutionalisierten Mobilisierungswegen. Hinsichtlich der Informationskanäle und sozialen Kontakte, über die im Vorfeld über die Demonstration informiert wurde, fällt auf, dass etablierte Organisationen wie Greenpeace, Compact und der BUND maßgeblich an der Mobilisierung der Teilnehmer*innen beteiligt waren. Insgesamt geben über die Hälfte (52,2%) der Demonstrant*innen an, Mitglieder einer solchen Organisation zu sein. Rund ein Drittel (32,9%) erfuhr durch das Informationsmaterial, durch Webseiten und Mailinglisten oder durch Veranstaltungen einer Organisation von der Demonstration. Zusätzlich wurde ein Viertel (27,3%) der Demonstrant*innen über Mitglieder aus ihrer Organisation auf die Demonstration aufmerksam gemacht.

Im Vergleich dazu mobilisiert die *Fridays for Future* Bewegung mit ihren jungen und im Aktivismus noch vergleichsweise unerfahrenen Unterstützer*innen am stärksten über persönliche Kontakte und soziale Medien: Schüler*innen zum Beispiel kommunizieren offensichtlich entweder direkt in der Schule miteinander oder nutzen dafür neue Medien (Sommer et al. 2019; Neuber & Gardner 2020: 130). Organisationen spielen bei der Mobilisierung eine untergeordnete Rolle (Neuber & Gardner 2020: 124).

Die Teilnehmer*innen wurden in der Befragung gebeten, ihre bisherigen politischen Aktivitäten

anzugeben (siehe Tabelle 1). Am häufigsten wird demnach die Form des appellativen Protests genutzt: 84 Prozent der Befragten geben an, schon einmal eine Petition oder einen öffentlichen Brief unterzeichnet zu haben. Entsprechend dem Profil des Konsument*innenprotestes sind auch Formen des politischen Konsums weit verbreitet. Rund 78 Prozent der Befragten geben an, gezielt Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen zu kaufen, und rund zwei Drittel haben Erfahrung mit dem Boykott von Produkten. Etwa genauso viele Befragte geben an, aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen insgesamt weniger Produkte konsumiert zu haben. Etwas mehr als die Hälfte hat darüber hinaus aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen die eigene Ernährung umgestellt. Deutlich weniger verbreitet sind Erfahrungen mit direkter Kontaktaufnahme zu Politik und Verwaltung (24,1%) oder disruptiven Protestformen wie Aktionen des zivilen Ungehorsams (16,9%).

Die großen Überschneidungen der *Wir haben es satt!*-Demonstration mit den Klimaprotesten zeigt sich auch bei der Frage, in welchen Themenfeldern die Befragten bislang aktiv geworden sind (siehe Tabelle 2). Knapp neun von zehn Befragte beantworten diese Frage mit Klimaschutz; für 85 Prozent ist Umweltschutz ein wichtiges Thema. Auch geben knapp über die Hälfte der Befragten Frieden (52,6%) und Anti-Rassismus (52,2%) als Themen an, für die sie sich engagieren. Interessanterweise setzen sich die Demonstrant*innen vergleichsweise wenig für internationale Solidarität (25,9%) oder den Globalen Süden und Entwicklungspolitik (16,2%) ein. Auffällig ist auch das nachrangige Engagement in den Feldern Arbeit (22,7%) und Soziales (21,9%).

⁹ Der Vergleich bietet sich auch aus dem Grunde an, da die letzte vom ipb durchgeführte Befragung bei zwei

verschiedenen Fridays for Future-Protesten in Berlin und Bremen stattfanden.

Tabelle 1: Aktivismus der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen

Art	Anteil in %
... eine Petition/öffentlichen Brief unterzeichnet?	83,9
... gezielt Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen gekauft?	78,3
... einer politischen Organisation oder Gruppierung Geld gespendet?	67,5
... bestimmte Produkte boykottiert?	66,3
... aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen insgesamt weniger Produkte konsumiert?	65,9
... Ihre Ernährung aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen geändert?	55,0
... ein Abzeichen einer Kampagne getragen oder irgendwo angebracht?	39,8
... in den Sozialen Medien auf ein politisches Anliegen aufmerksam gemacht?	36,5
... eine/n Politiker/in oder eine/n Vertreter/in der Verwaltung kontaktiert?	24,1
... an einer direkten Aktion teilgenommen (Blockade, Besetzung, ziviler Ungehorsam)?	16,9

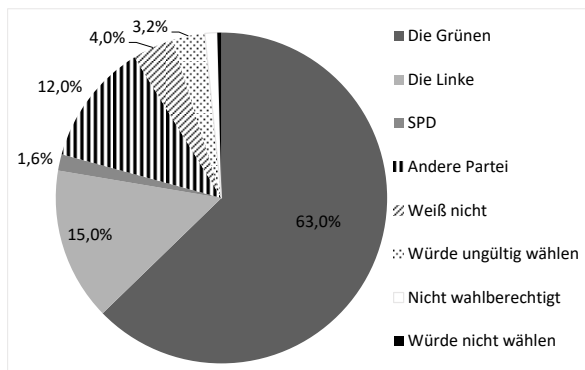
Tabelle 2: Themen Engagement der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen

Engagementthema	Anteil in %
Klimaschutz	88,3
Umweltschutz	85,4
Frieden	52,6
Anti-Rassismus	52,2
Freihandelsabkommen	45,3
Migration/Geflüchtete	42,9
Menschenrechte	40,5
Tierrechte	36,4
Frauenrechte	27,5
Internationale Solidarität	25,9
Arbeitnehmer*innenrechte	22,7
Soziale Rechte	21,9
Europa	21,1
Homosexualität/Transgender/LGBTIQ*	17,0
Globaler Süden/ Entwicklungspolitik	16,2
Sonstiges	12,6
Netpolitik / digitale Rechte	11,7
Finanz- und Bankenkrise	10,1
Ich habe mich im Rahmen der Demonstration erstmalig engagiert.	1,6

Um etwas über die politische Verortung der *Wir haben es satt!*-Demonstrant*innen zu erfahren, haben wir die Befragten zunächst darum gebeten, sich auf einer Skala von 0 (links) bis 11 (rechts) im politischen Spektrum einzuordnen¹⁰. Bei einem Mittelwert von 2,1 (Median = 1), positionieren sich 99 Prozent der Befragten links der Mitte.

Dieses sehr deutliche Bild wird auch durch die Antworten auf die Frage nach der Wahlabsicht gestützt (siehe Abbildung 9). Wenn am Sonntag Bundestagswahlen wären, würde die absolute Mehrheit (62.7%) der bei der von uns Befragten Bündnis 90/Die Grünen wählen. DIE LINKE ist mit 14,5 Prozent die zweithäufigste gewählte Partei. 12 Prozent geben an, eine andere Partei zu wählen. Hier wurde die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) am häufigsten genannt. Nur eine Person (0,4%) gibt an, gar nicht wählen zu wollen. 3 Prozent würden ungültig wählen und 1,2 Prozent sind in Deutschland nicht wahlberechtigt.

Abbildung 9: Sonntagsfrage bei der *Wir haben es satt!*-Demonstration



Bei der Vertrauensfrage werden die Beteiligten gebeten, verschiedene Institutionen, wie die Bundesregierung, den Bundestag, politische Parteien, die Europäische Union, die Vereinten Nationen, die Polizei, etablierte Massenmedien und die Regierung und Verwaltung ihrer Stadt auf einer Skala von 1 (volles Vertrauen) bis 5 (kein Vertrauen) zu bewerten. Die Mittelkategorie „teils/teils“ ist dabei für alle Institutionen am stärksten ausgeprägt (siehe Abbildung 10).

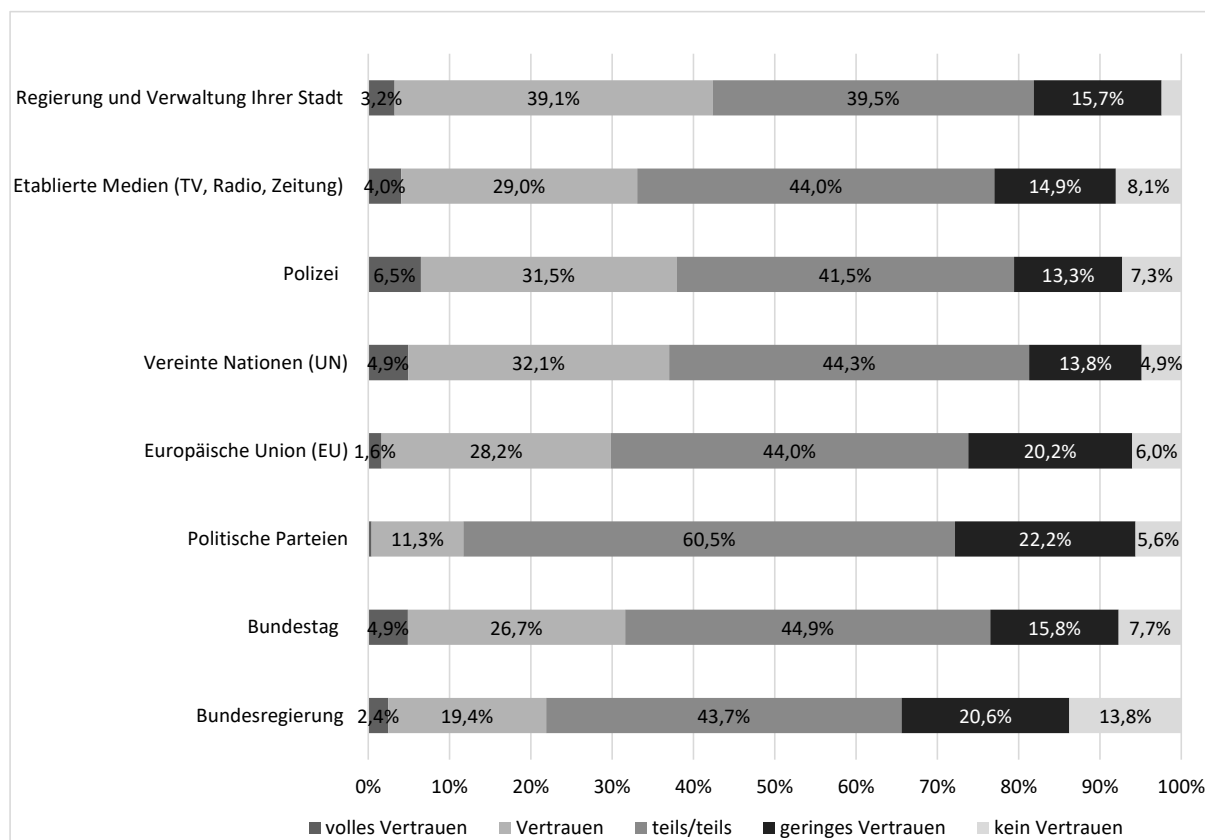
Das größte Misstrauen bringen die Befragten der deutschen Regierung entgegen. Ein Drittel gibt an, wenig oder gar kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Ähnliche Werte ergeben sich für die politischen Parteien (27,8%) und die Europäische Union (26,2%). Der Bundestag verzeichnete mit 23,5 Prozent den geringsten Misstrauenswert.

Kommunale Regierungen und Verwaltungen schätzen die Befragten am vertrauenswürdigsten ein: 42,3 Prozent vertrauen ihnen voll oder eher. Die Polizei, Medien und die Vereinten Nationen rangieren zwischen den hohen und niedrigen Vertrauenswerten.

¹⁰ Frage K1: Viele Leute verwenden die Begriffe ‚links‘ und ‚rechts‘, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken,

wie würden Sie sich selbst einstufen?

Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen



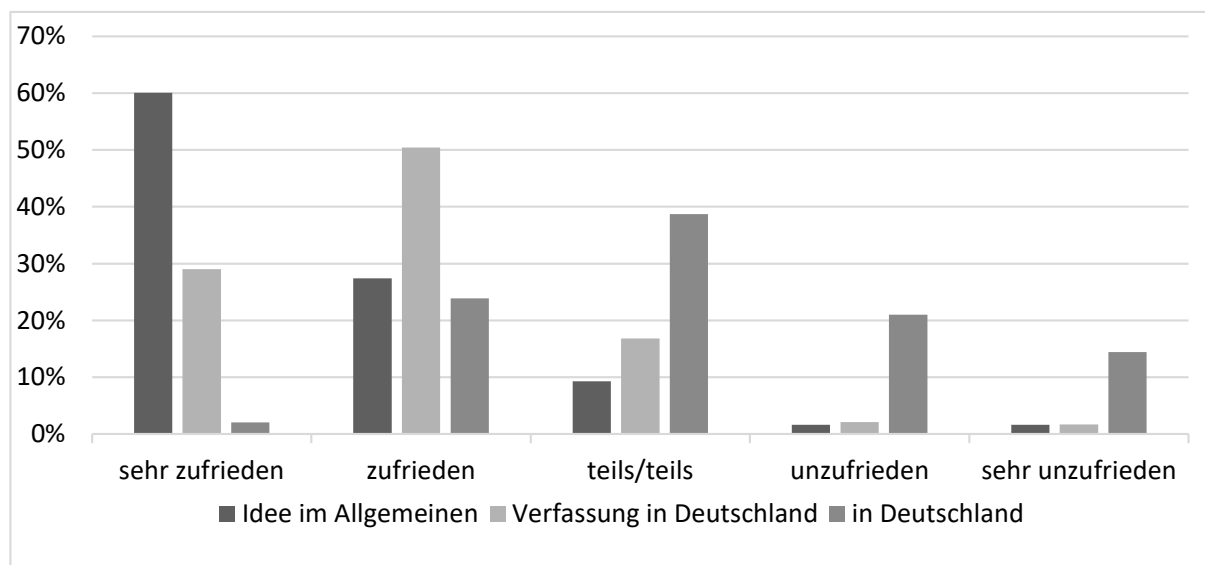
Die Demonstrant*innen wurden zudem gebeten, ihre Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie anzugeben. Dabei wurde unterschieden zwischen der Demokratie als Idee, der Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist und der Demokratie, wie sie tatsächlich in Deutschland funktioniert (siehe Abbildung 11). Analog zu anderen Demonstrationsbefragungen und repräsentativen Bevölkerungsumfragen fällt die Beurteilung der real existierenden Demokratie in Deutschland (2,1% sehr zufrieden/23,9%

zufrieden) gegenüber der Ordnung des Grundgesetzes (29%/50,4%) und noch mehr gegenüber der Idee der Demokratie stark ab (60,1%/27,4%). Im Vergleich zur Befragung unter den Teilnehmer*innen des Klimastreiks im März und September zeigt sich bei der *Wir haben es satt!*-Demonstration eine größere Unzufriedenheit.¹¹ Nur jede*r vierte Befragte gibt hier an, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein, während dieser Wert bei den *Fridays for Future*-Protesten um 15 Prozent höher liegt.¹²

¹¹ Berechnungen auf Grundlage der Befragungen der *Fridays for Future*-Demonstrierenden im März und September 2019 durch Beth G. Gardner, Sebastian Haunss, Piotr Kocyba, Michael Neuber, Dieter Rucht, Moritz Sommer, Simon Teune, Jurek Wejwoda und Sabrina Zajak.

¹² Diese Fragen wurden bei den einzelnen Befragungen mit unterschiedlich stark differenzierten Skalen gestellt. Für den Vergleich wurden daher die Kategorien vereinheitlichend zusammengefasst.

Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland



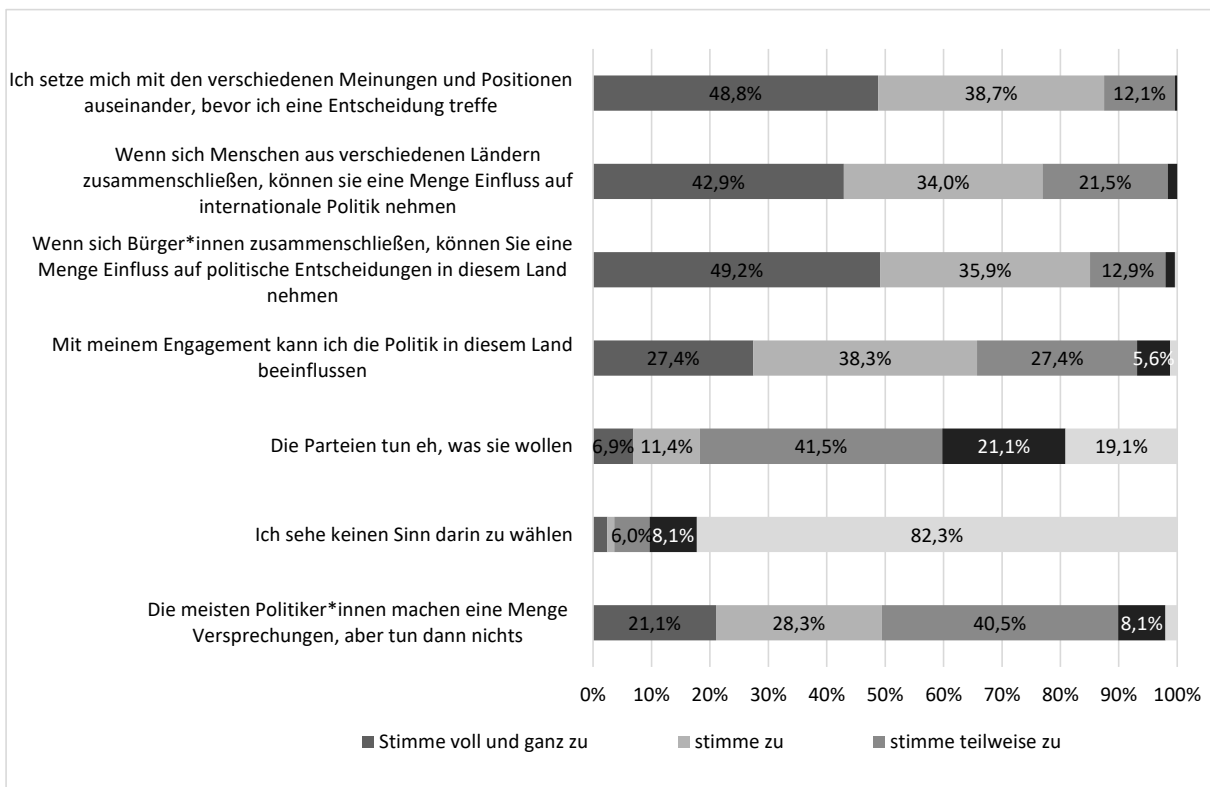
Die Kritik am Funktionieren der Demokratie spiegelt sich zum Teil auch in der Bewertung von Politiker*innen und Parteien wieder. Der Aussage „Die meisten Politiker*innen machen eine Menge Versprechungen, aber tun dann nichts“ stimmt insgesamt fast die Hälfte der Befragten zu (49,4%), weitere 41 Prozent stimmen ihr teilweise zu. Deutlich weniger Zustimmung erhielt die Aussage „Die Parteien tun eh, was sie wollen“: In 42 Prozent der Fälle stimmen die Befragten teilweise zu, fast ebenso viele (40,2%) stimmen nicht oder ganz und gar nicht zu.

Trotz der durchaus kritischen Haltung gegenüber der real existierenden Demokratie in der Bundesrepublik sind die Befragten nicht politikverdrossen. Wie in Abbildung 12 unten deutlich wird, handelt es sich bei den *Wir haben es satt!*-Demonstrant*innen zum größten Teil um Bürger*innen, die der Politik in Deutschland vertrauen und an ihre kollektive Handlungsfähigkeit in einer Demokratie glauben. So gehen – konsistent mit der hohen Wahlbeteiligung (siehe Abbildung 9 oben)

– 82 Prozent der Befragten davon aus, dass sie über Wahlen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen können. Dagegen fand die Aussage „Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen“ die Zustimmung von knapp zwei Dritteln der Befragten. Die *Wir haben es satt!*-Demonstrant*innen sind damit aber optimistischer als die Teilnehmer*innen der *Fridays for Future*-Proteste, bei denen nur knapp die Hälfte der Befragten diese Position teilten.

Eine positive Erwartung an die Wirkung kollektiven Handelns zeigt sich bei den Befragten sowohl auf der nationalen wie auch auf der internationalen Ebene. Der Aussage „Wenn sich Bürger*innen zusammenschließen, können sie eine Menge Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“ stimmen 85 Prozent zu, bezogen auf den Zusammenschluss von Menschen verschiedener Länder sehen mehr als drei Viertel (76,9%) das Potential, die internationale Politik zu beeinflussen.

Abbildung 12: Aussagen über die Politik und Politiker*innen der Bundesrepublik



5. Essgewohnheiten und Konsumverhalten der Demonstrant*innen

Wie bereits beschrieben, geben 80 Prozent der Befragten an, dass sie gezielt Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen kaufen. Über die Hälfte geben an, ihre Ernährung aus den gleichen Gründen umgestellt zu haben. Um ein möglichst umfassendes Bild der Motive und des (politischen und sozialen) Engagements der Teilnehmer*innen zu erhalten, wollen wir erfahren, wie und wo sie Konsumententscheidungen in Bezug auf Nahrungsmittelkauf und -verzehr treffen.

Die Befragung zeigt, dass es sich bei den Demonstrant*innen um eine ernährungsbewusste Gruppe von Menschen handelt. Eine bemerkenswerte Mehrheit der Befragten gibt an, täglich frisches Obst und Gemüse (77,0%) zu essen, 43 Prozent kochen täglich selbst. Zudem konsumiert über die Hälfte der Befragten (55,9%) nur selten Fertiggerichte, über ein Viertel (26,2%) sogar nie.

Auffällig sind die Antworten auch bezüglich der vegetarischen bzw. fleischhaltigen Ernährung. In unserer Befragung gibt ein Drittel (33,2%) der Demonstrant*innen an, nie Fleisch zu essen (siehe Abbildung 13). Dieser Wert entspricht der Summe der Befragten, die sich als Vegetarier*innen (22,7%) oder Veganer*innen (11,0%) identifizieren (siehe Tabelle 3 unten).

Abbildung 13: Verzehr von Lebensmitteln I

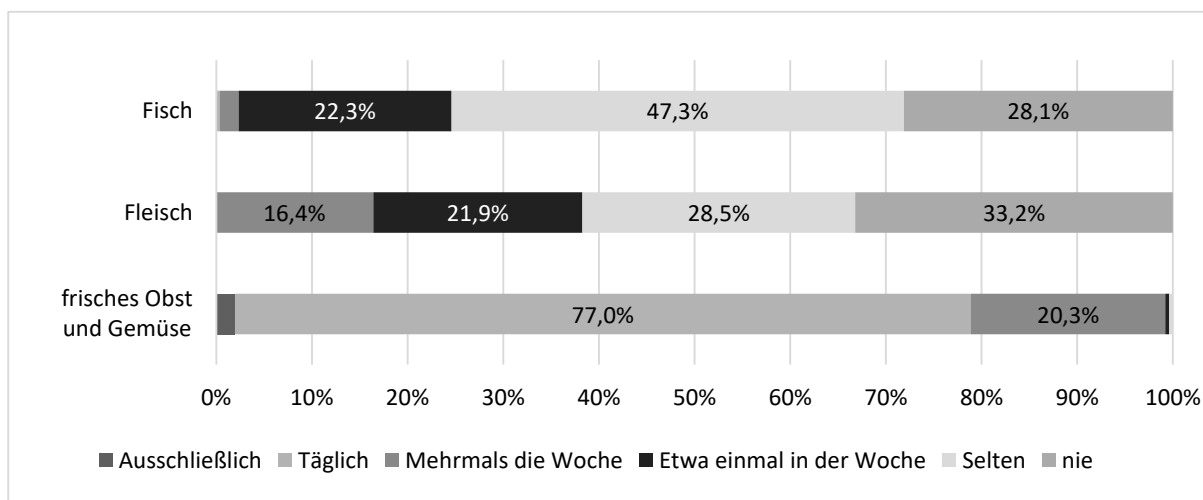


Abbildung 14: Verzehr von Lebensmitteln II

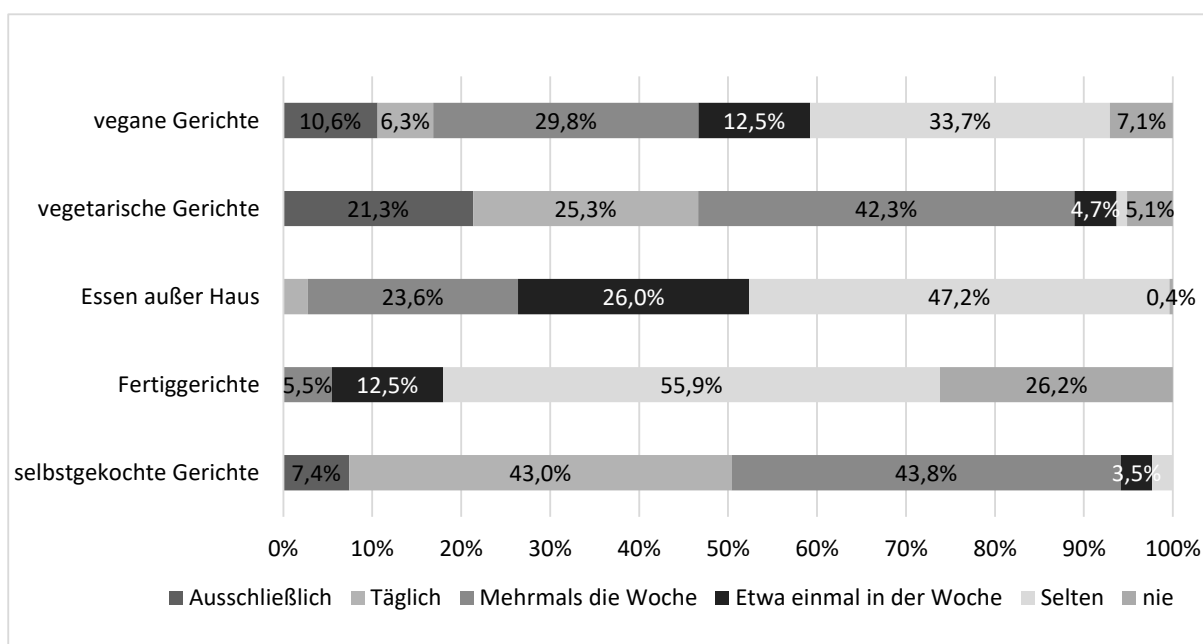


Tabelle 3: Angaben zur Ernährungsweise

Essgewohnheit	Anteil in %
Ich bin Veganer*in.	11,0
Ich bin Vegetarier*in.	22,7
Ich esse nur Fleisch/Fisch aus tiergerechter und/oder ökologischer Tierhaltung.	43,5
Ich esse Fleisch/Fisch zu einem möglichst guten Preis-Leistungs-Verhältnis.	2,7
Sonstiges	20,0

Zudem ist bemerkenswert, dass 43,5 Prozent der Befragten angeben „nur Fleisch/Fisch aus tiergerechter und/oder ökologischer Tierhaltung“ zu essen. Weitere 20 Prozent wählen die offene Antwortmöglichkeit „Sonstiges“, also keine der vorgegebenen Kategorien aus, um ihre Ernährung genauer zu beschreiben. Ein großer Anteil der Demonstrierenden setzt sich also kritisch mit verschiedenen Thematiken im Kontext Nahrungsgerechtigkeit auseinander. Die Befragten

verwenden in ihren Antworten vermehrt Adjektive wie „bemühen“ oder „versuchen“. Hier können wir allein anhand der gewählten Sprache eine bewusste Auseinandersetzung ableiten.

Beispiel 1: „Ich bemühe mich, wenig Fleisch zu essen.“

Beispiel 2: „Ich esse selten Fleisch. Wenn ich Fleisch esse versuche ich nicht das billigste im Supermarkt zu kaufen.“

Andere erklären detailliert, warum sie Fleisch konsumieren.

Beispiel 3: „Fleisch nur, bevor es weggeworfen wird, sonst Vegetarier.“

Beispiel 4: „Ich bin Solawista mit Grundversorgung, d.h. wir haben zwei Betriebe mit Tieren und esse auch die tierischen Produkte, von denen es allerdings nur wenige gibt. Ich halte generell nicht viel von Dogmen, sondern bin davon überzeugt, dass es unterschiedliche körperliche Notwendigkeiten geben kann, was die Ernährung betrifft, sowohl im Leben eines Individuums als auch im Vergleich verschiedener Individuen.“

Die meisten Antworten beziehen sich darauf, dass die Befragten nur bzw. hauptsächlich Fleisch essen, welches aus einer tiergerechten und/oder ökologischen Tierhaltung stammt. Außerdem beziehen sich diese Antworten auf die Häufigkeit bzw. Seltenheit des Fleischkonsums. Auch hier werden die Differenziertheit sowie das Interesse der Befragten deutlich, die eigene Meinung mitzuteilen.

Beispiel 5: „Ich esse zwar nur Fleisch/Fisch aus tiergerechter und/oder ökologischer Tierhaltung. Das bedeutet jedoch, dass ich Fleisch/Fisch nicht regelmäßig esse, sondern ca. dreimal im Jahr.“

Beispiel 6: „Wenig Fleisch und dann meistens aus tiergerechter ökologischer Tierhaltung.“

Beispiel 7: „Ich esse Fleisch/Fisch fast nur aus tiergerechter und ökologischer Tierhaltung.“

Beispiele 8: „Vegetarierin mit ganz selten Öko-Fleisch.“

Um herauszufinden, inwiefern sich die politische und aktivistische Haltung der Demonstrant*innen in deren alltäglichem Handeln reflektiert, haben

wir nach Gewohnheiten beim Lebensmitteleinkauf gefragt. Die Befragten sollten angeben, wie oft sie auf bestimmte Merkmale von Lebensmitteln achten (*ökologisch, regional, saisonal und importierte Lebensmittel aus Übersee*) und wie häufig sie ihre Lebensmittel von bestimmten Einkaufsorten (*Bio-Supermarkt, Supermarkt, Discounter, Reformhaus oder Weltladen, Wochenmarkt, Solidarische Landwirtschaft, Abo-Kiste oder Hofladen*) beziehen (Abbildungen 15 und 16, nächste Seite).

Auch die Antworten bezüglich der Lebensmittelmerkmale zeigen ein vergleichsweise homogenes Bild der Demonstrant*innen. Über die Hälfte der Befragten (54,5%) gibt an, „immer/fast immer“ ökologische Lebensmittel zu kaufen, weitere 38 Prozent „häufig“ und nur 0,4 Prozent „selten oder nie“ (Abbildung 15). Das sind zusammengefasst über 90% der Befragten, die überwiegend Lebensmittel aus ökologischem Anbau kaufen.

Auch die entsprechenden Antworten auf Fragen bezüglich Regionalität, Saisonalität und dem Kauf von importierten Lebensmittel aus Übersee zeigen, dass eine große Mehrheit der Befragten bewusst nachhaltige Kaufentscheidungen trifft. Weit über die Hälfte der Befragten gibt an, „häufig“ (68,2%) bzw. „immer/fast immer“ (14,1%) regionale Lebensmittel zu kaufen. Des Weiteren erklären 59 Prozent „häufig“ und 18 Prozent „immer/fast immer“ saisonale Lebensmittel einzukaufen. Fast die Hälfte (45,5%) gibt an, „selten“ und weitere 45 Prozent bekunden, „manchmal“ importierte Lebensmittel aus Übersee zu kaufen.

Über die Hälfte der Befragten (63%) geben an, ihre Lebensmittel „häufig“ (40,2%) bzw. „immer/fast immer“ (22,8%) im Bio-Supermarkt (z.B. Biocompany, Alnatura oder Denn's) zu kaufen. Weitere 34,6 Prozent der Teilnehmer*innen kaufen ihre Lebensmittel „häufig“ im Supermarkt (z.B. Edeka, Rewe oder Kaufland). Weniger als ein Sechstel erwirbt Lebensmittel im Discounter (z.B. Aldi, Lidl oder Penny) („häufig“ 14,5%, „immer/fast immer“ 1,6%, 31% sogar „nie“).

Obwohl man vermuten könnte, dass eine Direktvermarktung den bislang beschriebenen Kauf- und Ernährungsentscheidungen entsprechen würde, ergab sich, dass nur 17 Prozent der

Befragten „häufig“ auf dem Wochenmarkt einkaufen.

Noch überraschender ist, dass 37 Prozent der Befragten ihre Lebensmittel „nie“ aus solidarischer

Landwirtschaft, im Hofladen oder als Abo-Kiste beziehen. Lediglich 22 Prozent geben an, dies „selten“ und weitere 20 Prozent, es „manchmal“ zu tun.

Abbildung 15: Einkauf von Lebensmitteln

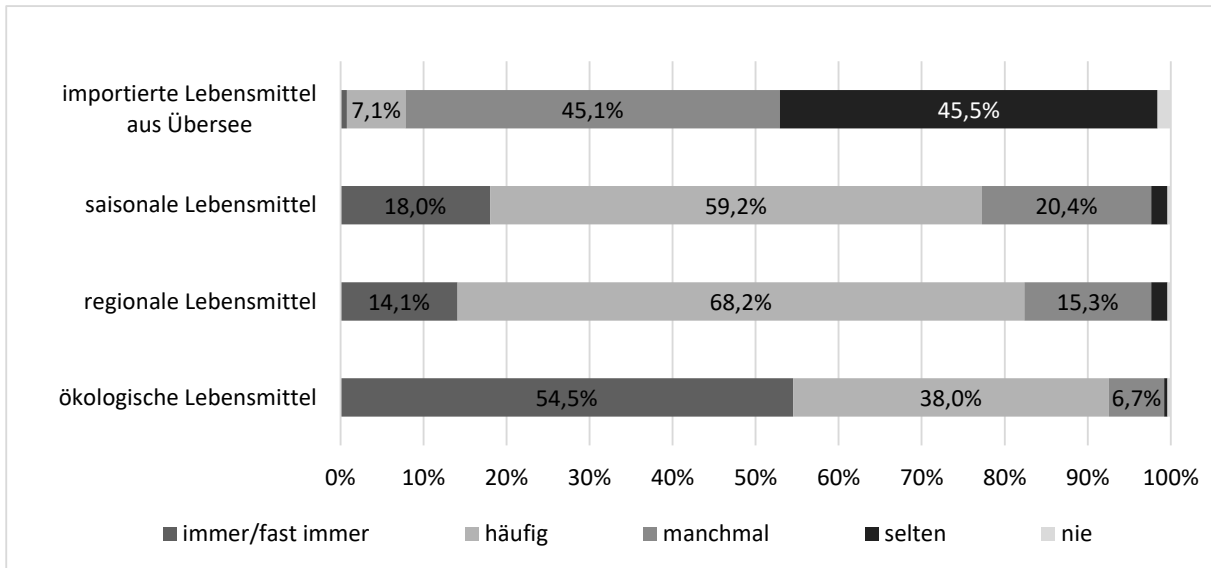
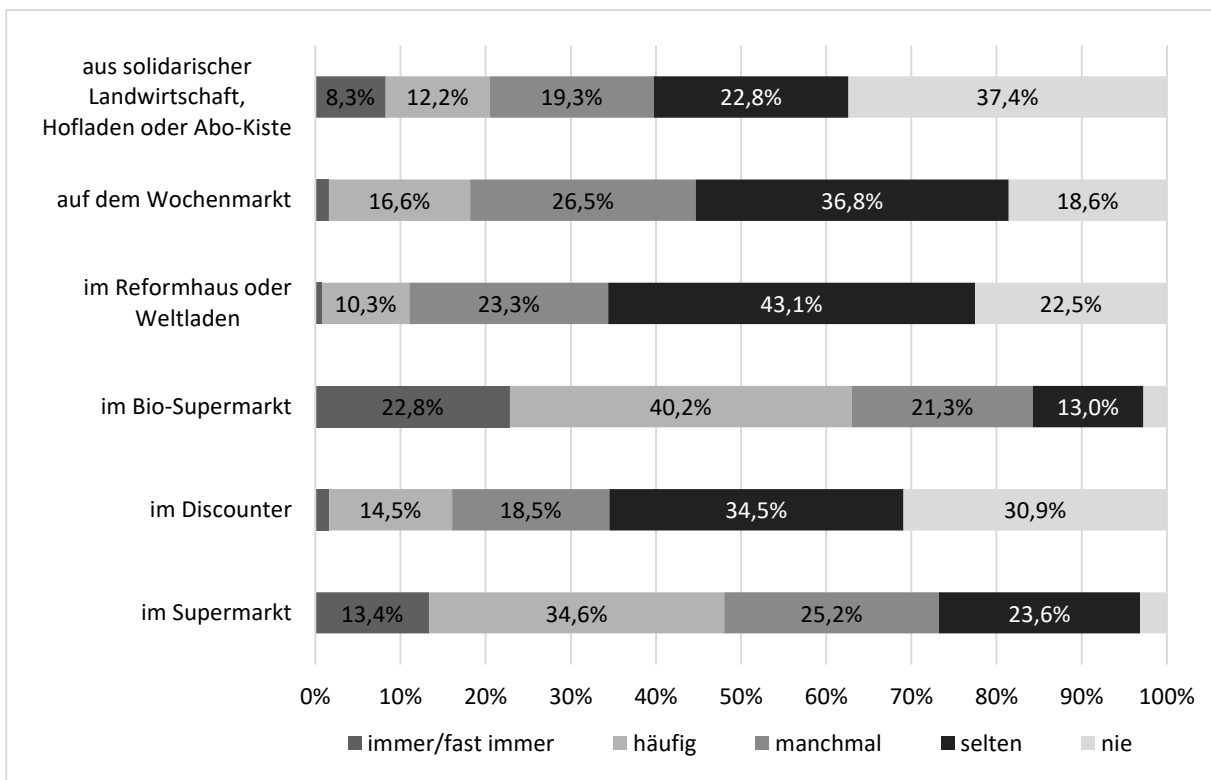


Abbildung 16: Orte des Lebensmitteleinkaufs



6. Motive der Demonstrant*innen

Warum Menschen im Kontext der *Wir haben es satt!*-Demonstration auf die Straße gehen und welche konkreten (politischen) Ziele sie dabei verfolgen, war Gegenstand eines dritten Fragenkomplexes. Im Antwortverhalten fällt hier zunächst auf, dass die Befragten offene Fragen sehr ausführlich beantwortet haben. Die differenzierten Aussagen werten wir als Hinweis auf eine starke politische Grundmotivation der Demonstrant*innen, da diese nicht nur mehr Zeit als standardisierte Antworten erfordern, sondern auch

Reflexionsarbeit und Kontextwissen voraussetzen.

Durch die Befragung konnten wir herausfinden, mit welcher Wichtigkeit die Befragten die Probleme der gegenwärtigen Lebensmittelproduktion in Deutschland bewerten. Sie nennen „ökologische Ungerechtigkeit“ (27,6%), „Tierschutz“ (17,3%) und „globale Ungerechtigkeit“ (16,5%) als die drei dringendsten Probleme, „fehlende Demokratie in Agrar- und Lebensmittelpolitik“ (7,9%), „Gesundheit“ (2,5%) und „Diskriminierung bestimmter Gruppen“ (0,7%) sehen die Befragten im Schnitt als nachrangige Probleme an (Tabelle 4).

Tabelle 4: Probleme der Lebensmittelproduktion

Problemidentifikation	Anteil in Prozent
Ökologische Ungerechtigkeit (z.B. Abnahme der Biodiversität, Klimakrise, Pestizide, Gentechnik, ...)	27,6
Tierwohl (z.B. Artensterben, unzureichende Tierschutzgesetze, fehlende artgerechte Bedingungen...)	17,3
Globale Ungerechtigkeit (z.B. ungerechter Welthandel und Wertschöpfungsketten, ...)	16,5
Soziale Ungerechtigkeit (z.B. Verdrängung von Kleinbauern*innen, zu hohe Preise für gesunde Lebensmittel, ...)	14,1
Marktdynamiken (z.B. Markt-, Land- und Bodenkonzentration, Industrialisierung der Land- und Lebensmittelwirtschaft, ...)	12,3
Fehlende Demokratie in Agrar- und Lebensmittelpolitik (z.B. Lobbyismus, EU-Agarpolitik, etc.)	7,9
Gesundheit (z.B. ungesundes Essen, kontaminiertes Essen, Unterernährung, ...)	2,5
Sonstiges	1,2
Diskriminierung bestimmter Gruppen (z.B. schlechtere Arbeitsbedingungen und Zukunftsperspektiven für jüngere Generationen, Frauen und LGBTQI*, ...)	0,7

Frage B1: *Was sehen Sie als die drei größten Probleme der derzeitigen Lebensmittelproduktion in Deutschland an? Bitte 3 Antworten auswählen.*

Die Tatsache, dass ökologische Ungerechtigkeiten, wie zum Beispiel Abnahme der Biodiversität, Klimakrise, Pestizide und Gentechnik, auf Platz 1 der Probleme gesehen werden, lässt sich in Bezug

zur öffentlichen Debatte um die ökologische Krise und den eingespielten Forderungen der *Wir haben es satt!*-Demonstration im Allgemeinen setzen. Die Antworten sowohl auf die geschlossenen als auch die offenen Fragen lassen annehmen,

dass die Demonstrant*innen einen klaren Zusammenhang zwischen dem derzeit vorherrschenden Agrarmodell einer wirtschaftlich und staatlich geförderten industriellen Landwirtschaft und ökologischen Auswirkungen wie der Klimakrise sehen.

6.1. Anliegen der Demonstrant*innen

Die offen gestellte Frage: „Welches Anliegen wollen Sie persönlich durch Ihre Teilnahme an den *Wir haben es satt!*-Demonstrationen zum Ausdruck bringen?“, zielt auf die persönliche Motivation der Demonstrant*innen und gibt keinen thematischen Fokus vor. Die Frage wurde von fast allen Befragten (98%) beantwortet. Wiederkehrende Deutungsmuster wurden mit Hilfe des Programms MaxQDA erfasst (siehe Abschnitt *Die Methode der Demonstrationsbefragung*). Auf einer übergeordneten Ebene ließ sich in den Antworten dabei zwischen Forderungen und Kritikpunkten unterscheiden. Als Forderungen wurden alle Aussagen bzw. Aussagenabschnitte der Befragten kategorisiert, die konkrete Veränderungen im landwirtschaftlichen Sektor bzw. gesellschaftlichen System (in Zukunft) fordern. Diese wurden in zwölf thematische Kategorien eingeteilt: Landwirtschaft, Umweltschutz, Tierschutz, Klimaschutz, Systemwandel, Ernährung, Bewusstsein schaffen, Soziale Gerechtigkeit, Artenschutz/Biodiversität, Wirtschaftliche Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit, und Solidarität. Hier wurden insgesamt 425 Aussagen kodiert. Kritikpunkte wurden vorwiegend anhand von Negationen wie beispielsweise „Ich bin gegen...“, „Ich bin nicht einverstanden mit...“, „Unzufriedenheit über...“ kategorisiert. Thematisch äußern die Befragten ihren Unmut überwiegend über die aktuelle (Agrar-)Politik, die Agrarindustrie sowie das gesellschaftliche System im Allgemeinen. In diesem Bereich wurden 141 Aussagen kodiert. Die Anzahl der kodierten Textpassagen ist nicht deckungsgleich mit der Anzahl der Antworten, da von vielen Teilnehmer*innen mehrere Forderungen und Kritikpunkte genannt wurden.

6.2. Forderungen der Demonstrant*innen

Die meistgenannten Themen, die die Demonstrant*innen zu ihrer Teilnahme an der Demonstration motivieren, fallen in die Kategorien „Landwirtschaft“ (22,4%), „Umweltschutz“ (13,2%) und „Tierschutz“ (13,2%). Zusammengenommen machen sie etwa die Hälfte der Forderungen aus (siehe Abbildung 17). „Zukunftsfähigkeit“ (4%) und „Solidarität“ (2,4%) tauchen weniger häufig in den Forderungen der Demonstrant*innen auf. Schlüsselbegriffe in der Kategorie *Landwirtschaft* sind „ökologisch“ (38 kodierte Segmente, siehe Abbildung 17), „nachhaltig“ (38), „umweltschonend“ (18) und „(klein-)bäuerlich“ (15) (siehe Abbildung 18). Aus den Aussagen kann geschlossen werden, dass diese Form der Landwirtschaft als eine wesentliche Grundlage für die oben genannten Forderungen des Umwelt-, Tier- und Klimaschutzes angesehen wird. Charakteristisch für diese Haltung sind die beiden folgenden, besonders aussagekräftigen Zitate:

Beispiel 1: „Landwirtschaft muss ökologisch ausgerichtet sein für eine Zukunft mit gesunder Ernährung, gesundem Klima und angemessenen Preisen für die Erzeugnisse.“

Beispiel 2: „Die ökologische Notwendigkeit einer kleinstrukturierten, mehr als ökologischen Landwirtschaft, um die Nahrungsmittelversorgung auch in Zukunft sicherzustellen.“

Abbildung 17: Forderungen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen

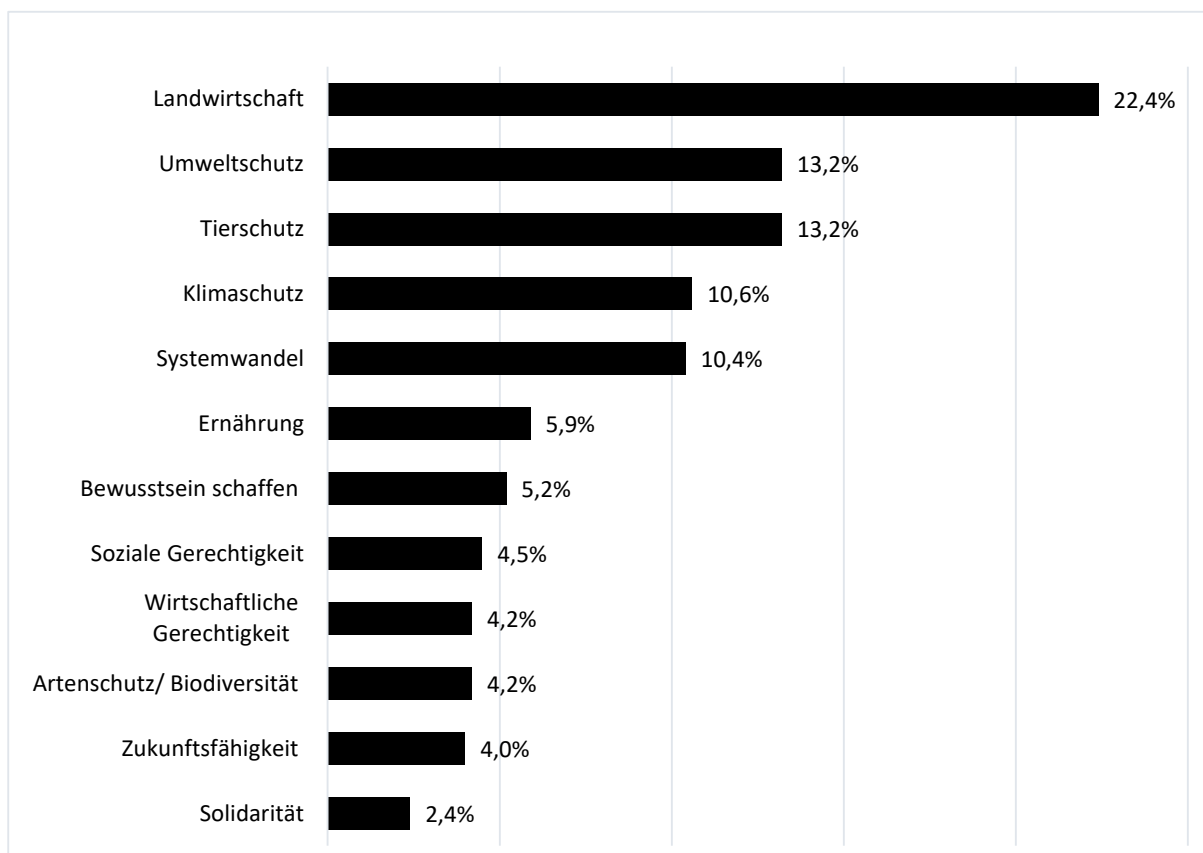


Abbildung 18: Forderungen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen im Bereich Landwirtschaft¹³



Während ein Großteil der Aussagen in der Kategorie *Umweltschutz* sich allgemein auf die

Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft bezieht, wird dies in einigen Aussagen konkretisiert. Als besonders problematisch angesehen wird der Einsatz von Pestiziden, Herbiziden (insbesondere Glyphosat) und Insektiziden sowie die Rolle von Nitraten, Antibiotika und Gentechnik. Daneben wird die Bedeutung von Artenschutz und Biodiversität in der Landwirtschaft betont. Folgende Aussage fasst die Motivation zum Protest beispielhaft zusammen.

¹³ Zuordnung der Segmente. Darstellung ab fünf koordinierten Segmenten pro Schlüsselbegriff.

Beispiel 3: „Ich möchte auf der Demo gegen eine industrielle Nahrungsproduktion mit den Folgen der Vergiftung der Äcker, des Grundwassers und der Luft durch Pestizide, Antibiotika, Nitrate sowie Treibhausgase, gegen die Massentierhaltung und Tierquälerei, gegen den Anbau von gentechnologisch veränderten Lebewesen sowie für eine nachhaltige, Umwelt und Ressourcen schonende, regionale Landwirtschaft protestieren.“

Zentral scheint in der Kategorie *Tierschutz* ein „würdige[r] Umgang mit Tieren“, „artgerechte Tierhaltung“ und „weniger Tierleid“ zu sein. Der Weg zu mehr Tierschutz variiert in den Aussagen zwischen der Beendigung der Massentierhaltung bis zu einer Beendigung der Tierhaltung an sich. Dabei gehen die Einschätzungen darüber, ob Tierhaltung ein Bestandteil dieser Landwirtschaft sein sollte, weit auseinander.

Dies spiegelt sich auch in der Kategorie *Ernährung* wider. Neben der Forderung nach veganer oder vegetarischer Lebensweise werden „gesunde Nahrungsmittel“ und „qualitativ gutes Essen“ gefordert. Dabei stellen die Demonstrant*innen einen klaren Zusammenhang zwischen Ernährungsgewohnheiten und Umweltauswirkungen her, wie die folgenden Beispiele verdeutlichen.

Beispiel 4: „Die Ernährungsgewohnheiten der westlichen Welt haben enorm negative Auswirkungen auf Mensch, Tier und Planet.“

Beispiel 5: „Ernährung und Landwirtschaft sind von vielen Fehlsteuerungen geprägt, die unserer Gesundheit schaden und Klima und Natur über die Maßen belasten.“

Etwa 15 Prozent aller als Forderung kodierten Textpassagen beziehen sich auf die Themen *Klimaschutz* und *Zukunftsfähigkeit*. Aussagen wie „Ich wünsche mir eine lebenswerte Zukunft für meine kleine Tochter und auch alle Menschen, die für mich nur mit Artenvielfalt, Insektenschutz und fairer und ökologischer Landwirtschaft möglich ist.“ verdeutlichen, dass ein enger Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Produktion und der Erreichung der Klimaziele gesehen wird. Der hohe Stellenwert, der dem Thema Klima zugesprochen wird, bestätigt die bereits dargestellten Überschneidungen der *Wir haben es satt!*-Demonstrant*innen mit der Klima- und Umweltbewegung.

Neben den thematischen Anliegen geht es den Demonstrant*innen mit ihrem Engagement darum, das *Bewusstsein* für die genannten Themenfelder zu erhöhen. Über 20-mal (5%) wurde ausgesagt, dass die*der Befragte durch die Teilnahme an der *Wir haben es satt!*-Demonstration Aufmerksamkeit in Gesellschaft, Medien und/oder Politik erregen möchte. Es geht um ein „Schärfen des gesellschaftlichen Bewusstseins zum Thema Nachhaltigkeit“, „den Druck von unten zu verstärken“ und ganz allgemein „Bewusstheit in den Wahnsinn [zu] bringen“.

Als weitere Motivation, an der Demonstration teilzunehmen, wird von einem Teil der Befragten die *Solidarität* mit Bäuer*innen genannt. In zehn der Aussagen wird die Bedeutung von Wertschätzung und Anerkennung der/für die Landwirtschaft z.B. durch die Forderung nach höheren und fairen Lebensmittelpreisen deutlich.

6.3. Kritikpunkte der Demonstrant*innen

Zentrale Kritikpunkte der Demonstrant*innen richten sich schwerpunktmäßig auf die aktuelle (Agrar-)Politik (43%) sowie die gegenwärtig vorherrschende industrielle Landwirtschaft (39%, siehe Tabelle 7). Dabei wird vor allem eine falsche Priorisierung in der Vergabe von Subventionen und finanziellen Unterstützung konventioneller Landwirtschaft kritisiert, wie die folgende Aussage beispielhaft zeigt: „Es muss ein Wechsel von der industriellen zur bäuerlichen Landwirtschaft erfolgen und die EU-Subventionen dürfen nicht mehr pro Fläche bezahlt werden“.

Die Befragten fordern ein Eintreten der Politik für die Interessen von Umwelt, Mensch und Tier – nicht für Wirtschaftskonzerne. Eine starke Opposition gegen profitorientiertes Handeln zeigt sich beispielsweise an dieser Aussage: „Seit Jahrzehnten verschläft die Politik zukunftsfähiges Wirtschaften im Sinne ihrer Bürger und unser aller Umwelt zugunsten gieriger Konzernbosse!“. Die Demonstrant*innen wünschen sich eine (Agrar-)Politik, die sich grundlegend an anderen Werten orientiert: „Wertschätzung und Respekt vor der Natur – den Lebensgrundlagen des Menschen – braucht dringend einen höheren Stellenwert in

der Agrarpolitik im Speziellen und in Wirtschaft und Politik ganz allgemein.“

Darüber hinaus wird in mehr als einem Viertel der Aussagen eine über die Landwirtschaft hinaus gehende Kritik am gegenwärtigen System bzw. die Forderung nach einem grundlegenden Systemwandel deutlich. Diese bezieht sich auf den Kapitalismus im Allgemeinen sowie die Konsumgesellschaft im Besonderen. Es wird eine „180 Grad Wende“ gefordert, ein radikales „Umdenken (...) des bisherigen Systems“ sowie die „Einführung eines nachhaltigen und moralisch vertretbaren Gesellschaftssystems“. Aussagen, wie „(...) da essen heute politisch ist!“ spiegeln zum einen konkret die Forderungen des Bündnisses wider (vgl. Wir haben es satt!-Aufruf 2020). Zum anderen betonen sie die Politisierung des Lebensmittelsystems. Konsum- und Kaufverhalten wird von einigen Befragten als entscheidender Schritt für eine „Veränderung“ und somit politische Handlung empfunden, wie die folgende Aussage verdeutlicht: „(...) wenn ‚die Politik‘ nichts ändert, führen wir die Veränderung durch unsere Konsumhaltung herbei: Wir kaufen den ‚Scheiß‘ einfach nicht mehr (...)“. Die Forderungen nach einem System- und Konsumwandel gehen mit den Schlagwörtern der „sozial-ökologischen Transformation“ und „Agrar- und Ernährungswende“ einher.

6.4. Handlungsvorschläge der Demonstrant*innen

Des Weiteren wurden die Teilnehmer*innen zu eigenen Lösungsvorschlägen befragt. In der offenen Frage konnten sie bis zu drei Angaben machen („Hätten Sie komplette Gestaltungsfreiheit, welche Prinzipien würden Sie vorschlagen, um die Weltbevölkerung zu ernähren?“).

Auffällig ist, dass die Befragten Lösungen zur Ernährung der Weltbevölkerung stark in Bezug auf die räumliche Dimension sehen: Es spielt eine große Rolle, wo Lebensmittel produziert, transportiert und vermarktet werden. Bei den Teilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration scheinen regionale Kreisläufe und Wertschöpfungsketten stark im Fokus zu stehen, wie die Auswertung der Begriffshäufigkeit in den kodierten Themenfeldern zeigt. Der Wortstamm „regional-“ taucht in 86 der 674 Antworten auf (siehe

Abbildung 19). Der expliziten Betonung regionaler Aspekte steht das Ausbleiben global wirksamer Maßnahmen entgegen. Die Begriffe „global“ und „weltweit“ fallen vor allem in Negation, wie folgende Statements zeigen: „regional statt global“, „Förderung lokaler Landwirtschaft weltweit“ und „weltweit nach Möglichkeit regionale Erzeugung“. Darüber hinaus werden Prinzipien der Marktregulierung genannt: „Ex- und Importbarrieren für Fleisch und Milchprodukte“, „keine Exportsubventionen“, „keine Preisentwicklung über den Weltmarkt“ und preisliche Regulationen im Allgemeinen. Die Auswirkungen solcher Rahmenbedingungen auf den globalen Handel lassen sich in Zusammenhang mit der geforderten Regionalität setzen. Aussagen, die eine globale Sichtweise einnehmen, beziehen sich auf eine einheitliche Gesetzgebung („Globale Gesetzgebung zu Tierwohl, CO2 Ausstoß etc.“), gerechte Ressourcenverteilung („Gerechte globale Verteilung von Nahrungsmitteln/Ressourcen“) und Themen im Bereich Bildung und globale Solidarität.

Abbildung 19: Häufigste Begriffe in den kodierten Themenfeldern

Das Diagramm zeigt eine Wortwolke mit den folgenden Begriffen: 'fair' (blau), 'nachhaltig' (rot), 'biologisch' (blau), 'gerecht' (rot), 'regional' (schwarz), 'oekologisch' (gelb) und 'saisonal' (orange). Die Begriffe sind in verschiedenen Größen und Farben dargestellt, wobei 'regional' und 'oekologisch' die größten und prominentesten Begriffe sind.

Frage C4: Hätten Sie komplette Gestaltungsfreiheit, welche Prinzipien würden Sie vorschlagen, um die Weltbevölkerung zu ernähren? Bitte geben Sie bis zu drei Wörter an, die Ihnen einfallen.

Viele der vorgeschlagenen Prinzipien können dem Bereich Ernährung zugeordnet werden. Der Fokus liegt auf dem Konsum von tierischen Produkten. Hier wird vor allem eine Reduktion des Fleischkonsums („weniger Fleisch“, „Max 300g Fleisch pro Person und Woche“), sowie eine vegetarische oder vegane Ernährung als Lösung gesehen. Weitere Aspekte sind eine Einschränkung des Angebots in Supermärkten nach saisonalem

Anbau, die Forderung nach einer ökologischen Kennzeichnung von Lebensmitteln und die Etablierung des Konzeptes, dass Grundnahrungsmittel kostenfrei angeboten werden sollten. Insgesamt decken sich diese Prinzipien, die zu Ernährung der Weltbevölkerung vorgeschlagen werden, mit den bereits dargestellten Forderungen der Befragten im Bereich Landwirtschaft und Ernährung.

Weitere Forderungen betreffen den Bereich staatlicher Regulierungen, wie die „Verstaatlichung großer Agrarkonzerne“, „Staatliche Eingriffe“ und Verbote, wie z.B. „Aktienverbot von Lebensmittelbetrieben“, „Verbot der Spekulation bei Lebensmitteln“, „Patentverbot“ und „Überproduktionsverbote/Wegwerfverbote“.

Darüber hinausgehende individuelle Handlungs- bzw. Lösungsvorschläge beziehen sich auf konkrete Systemmodelle und Prinzipien: Ausgleich historischer Ungerechtigkeiten, Bedingungsloses Grundeinkommen, Bepreisungs-/Belohnungssysteme, Food Coops, Gemeinwohlökonomie, (Kapital-)umverteilung, Kreislaufwirtschaft und Landwirtschaftsgenossenschaften und Kooperativen. Hier wird abermals deutlich, dass sich die Demonstrant*innen mit der Teilnahme an der *Wir haben es satt!*-Demonstration häufig nicht nur für eine Agrar- und Ernährungswende, sondern auch für eine Systemwende einsetzen. Die meisten der oben genannten Konzepte verdeutlichen vor allem eine Kritik am derzeitig vorherrschenden kapitalistischen, wachstumsorientierten System.

7. Fazit

Anhand der Ergebnisse der Befragung erhalten wir ein umfassendes Bild, wer die Protestteilnehmer*innen der *Wir haben es satt!*-Demonstration sind und was sie motiviert, an einem kalten Wintertag auf die Straße zu gehen, um für eine Agrar- und Ernährungswende zu protestieren.¹⁴ Unser besonderes Augenmerk galt der politischen Ernährung der Teilnehmer*innen. Darunter

¹⁴ Entsprechend der im Wissenschaftsbetrieb gängigen Vorgehensweise im Umgang mit Daten, wird die hier zugrundeliegende Datenbank vollständig und frei zugänglich gemacht. Allerdings erst sobald

verstehen wir – wie eingangs dargestellt – nicht nur das Ess- und Konsumverhalten im Sinne eines politischen Konsums, sondern auch inwiefern sich die Teilnehmer*innen politisch mobilisieren, Motive äußern und Forderungen an den Staat stellen. Die große Mehrheit der Teilnehmer*innen kann als Teil der urbanen, gebildeten, weißen Mittelschicht in Deutschland beschrieben werden. Vergleichen wir die *Wir haben es satt!*-Demonstration im Jahr 2020 mit anderen Protestereignissen, zu denen das ipb befragt hat, so zeichnet sie sich insbesondere durch ihren besonders hohen Frauenanteil aus. Die Teilnehmer*innen sind politisch engagiert, verorten sich links der Mitte und fühlen sich den Grundsätzen der Demokratie verbunden. Sie sind davon überzeugt, dass der Protest auf der Straße ein Instrument der politischen Teilhabe ist und einen Einfluss auf politische Entscheidung haben kann. Auf thematischer Ebene verbindet die Demonstrant*innen das Anliegen des politischen Konsums. Ein Großteil der Befragten trifft ethische Kaufentscheidungen und pflegt ernährungs- und umweltbewusste Essgewohnheiten.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass es sich bei der *Wir haben es satt!*-Demonstration weder um eine rein bäuerlich-ländliche, noch um eine rein städtische, von Konsument*innen-getragene Protestaktion handelt. Auch wenn Konsument*innen die Mehrheit der Demonstrant*innen ausmachen, die zu Fuß oder auf dem Fahrrad mit dem Demonstrationszug mitgelaufen oder mitgefahren sind, konnten wir feststellen, dass die Produzent*innen (Bäuer*innen, Landwirt*innen und Lebensmittelhandwerker*innen) dennoch stark präsent sind. Sie sind nicht nur durch die Organisation Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in der Koordination vertreten, sondern bilden mit dem Traktoren-Umzug auch ein besonders markantes visuelles Element des Demonstrationsgeschehens. Ferner ist die Unterstützung der klein-bäuerlichen Wirtschaftsweise einer der Hauptbeweggründe, weshalb sich die

einige weitere Publikationen der Forschungsgruppe veröffentlicht sind, um das Recht auf Erstveröffentlichung zu gewährleisten.

Demonstrant*innen zusammenschließen und gemeinsam auf die Straße gehen. So kann die Demonstration als solidarisches Netzwerk zwischen Stadt und Land verstanden werden.

Ein weiteres Merkmal des Bündnisses ist der langjährige Zusammenschluss der verschiedenen Organisationen, die sich schon seit Jahrzehnten für Umwelt- und Tierschutz in Europa und weltweit einsetzen. Während der alljährlichen Demonstration formulieren die Mitglieder verschiedener Organisationen und Aktivist*innen gemeinsame Forderungen an die Politik und rufen als Kollektiv zur Agrar- und Ernährungswende auf. Sowohl aufgrund der organisatorischen Struktur, als auch der inhaltlichen Protestmotive und -anliegen, kann *Wir haben es satt!* als eine Koalition unterschiedlicher sozialer Bewegungen beschrieben werden. Vor allem kann sie in die Umwelt-, Kleinbäuerliche-, Tierrecht- und Klimabewegungen und nicht zuletzt in die Ernährungsbewegung (im Sinne von *food movements*) eingeordnet werden.

Die Demonstrant*innen zeigen durch ihre Antworten, dass sie ein differenziertes Verständnis von Landwirtschaft und Umweltpolitik haben: Sie kritisieren das vorherrschende Landwirtschaftsmodell, indem sie diesem das Konzept einer ökologisch nachhaltigen und gerechten Landwirtschaft entgegensetzen. Damit werden insbesondere auch jene Diskurse adressiert, in denen Landwirtschaft als Ursache für Umweltprobleme und den Klimawandel angesehen wird. Die geteilte Vision eines neuen Landwirtschaftsmodells wird dabei mit der Idee der Systemwende verbunden, für die die zunehmende Politisierung der Produktion, des Vertriebs und Konsums von Lebensmitteln in vielerlei Hinsicht als Zwischenschritt fungieren soll. Viele Befragte betrachten die Umstellung des eigenen Ernährungs- und Konsumverhaltens als (alltägliches) Mittel, um über den Weg der Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion Umwelt- und Klimaschutz zu betreiben. Noch stärker als in individuellen Konsumentenscheidungen sehen die Demonstrant*innen in veränderten politischen Rahmenbedingungen einen Weg, die Agrar- und Ernährungswende voranzutreiben. Die Befragung zeigt, dass der seitens der Regierung eingeforderte Wandel in Richtung Bioökonomie in den Bereichen

Landwirtschaft und Ernährung nicht nur mit einer rein technologischen Transformation, sondern mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel auf wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ebene verbunden wird. Die Demonstrant*innen machen deutlich, dass eine Transformation zu einer postfossilen Gesellschaft nicht allein durch das individuelle Konsumverhalten erreicht werden kann, wie es teilweise von der Politik gefordert wird, da diese Forderung ökonomische Ungleichheiten ausblendet. Die Demonstrant*innen fordern die Politik und den Staat auf, Verantwortung zu übernehmen und die Agrar- und Ernährungswende durch Marktregularien und angepasste Subventionen zu steuern. Ob und inwieweit diese Anliegen und Forderungen von der etablierten Politik wahrgenommen werden, muss Gegenstand künftiger Forschung sein.

7.1. Ausblick

Bei der diesjährigen Befragung von *Wir haben es satt!*-Teilnehmer*innen wurden nur sehr wenige Nahrungsproduzent*innen befragt. In einer zukünftigen Befragung möchten wir gezielt mehr Protestierende aus dem ländlichen Raum befragen, die sich beispielsweise am Traktor-Umzug beteiligen. Ihren Erfahrungswerten mit der Agrarindustrie und ihren eventuell stärker produktionsorientierten Lösungsansätzen sollte Gehör verschafft werden, um ein umfassendes Bild der Akteur*innen und Betroffenen der deutschen Agrar- und Ernährungspolitik zu erhalten. Aus einer intersektionalen Perspektive motiviert, möchte das Projekt Food for Justice zudem herausfinden, wer (eventuell) nicht an der Demonstration teilnimmt (und aus welchen Gründen). Implizit drängen sich hier weitere Fragen auf: Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte, von Armut Betroffene und Menschen ohne akademischen Hintergrund bei den Protesten und unter den Organisator*innen kaum vertreten sind, inwiefern gelingt es, deren Perspektive in die Forderungen zu integrieren? Eine weitere Debatte, die sich durch unsere Befragung herauskristallisiert, bezieht sich auf die unterschiedlichen Ebenen und Räumen von gesellschaftlichem Wandel, die eine Agrar- und Ernährungswende hervorrufen kann. Unter Skalen verstehen wir die geographischen, aber auch sozial-politischen Räume: lokal, regional,

national, global und weitere daraus resultierende Skalen. Um ein fundiertes Bild der *politischen Ernährung* der Demonstrant*innen und Aktivist*innen zu erhalten, wollen wir diesen und weiteren Fragen in unserem Forschungsprojekt nachgehen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl der Teilnehmer*innen nach Angaben der WHES-Veranstalter*innen.....	7
Abbildung 2: Geschlechterverteilung.....	10
Abbildung 3: Vergleich der Altersstrukturen ausgewählter Demonstrationen.....	11
Abbildung 4: Bildungsgrad der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen.....	11
Abbildung 5: Netto-Einkommen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen	12
Abbildung 6: Anteil der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen mit Migrationsgeschichte	12
Abbildung 7: Wohnort der Wir haben es satt! Teilnehmer*innen (Bundesland).....	13
Abbildung 8: Wohnort der Wir haben es satt! Teilnehmer*innen (Urban oder Ländlich)	13
Abbildung 9: Sonntagsfrage bei der Wir haben es satt!-Demonstration.....	16
Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen	17
Abbildung 11: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland.....	18
Abbildung 12: Aussagen über die Politik und Politiker*innen der Bundesrepublik.....	19
Abbildung 13: Verzehr von Lebensmitteln I.....	20
Abbildung 14: Verzehr von Lebensmitteln II.....	20
Abbildung 15: Einkauf von Lebensmitteln.....	22
Abbildung 16: Orte des Lebensmitteleinkaufs ..	22
Abbildung 17: Forderungen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen.....	25
Abbildung 18: Forderungen der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen im Bereich Landwirtschaft.....	25
Abbildung 19: Häufigste Begriffe in den kodierten Themenfeldern	27
Tabelle 1: Aktivismus der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen	15
Tabelle 2: Themen Engagement der Wir haben es satt!-Demonstrant*innen	15
Tabelle 3: Angaben zur Ernährungsweise	20
Tabelle 4: Probleme der Lebensmittelproduktion	23

Abstract, Englisch

The large-scale protest Wir haben es satt! (We're fed up!), organized by the Meine Landwirtschaft (My Agriculture) coalition, has been held for ten years to mark the start of the Green Week agricultural fair in Berlin. The coalition advocates for sustainable agriculture and fair food production and supports farmers throughout Germany. On January 18, 2020, researchers from Freie Universität Berlin, in cooperation with the Institute für Protest- und Bewegungsforschung, conducted a comprehensive survey of participants in the Wir haben es satt! protest. The resulting data shed light on who the protesters are, their concerns and political attitudes, and, last but not least, how they support a different kind of agriculture through their own consumption and lifestyle choices. A large proportion of respondents identified themselves as female and classified themselves politically as left of center. The majority of respondents were representative of an older demographic. As with many protests in Germany, respondents represent a specific socio-economic segment of the population: two-thirds reported having a university degree and most reported a medium to high income. Above all, the protestors surveyed reported consistent political engagement. Many stated they were members of political organizations, experienced demonstrators, and familiar with the socio-political issues related to climate and environmental policy. In fact, less than two percent reported Wir Haben es satt! being their first protest. The respondents are mainly consumers. Very few respondents produce food for commercial purposes. This specific social group can be described as food conscious. They make ethical consumer decisions and have a great interest in expressing their own concerns. Here is to note, that it was not possible to survey the tractor convey attached to the protest by foot.

Literaturverzeichnis

- Baumgarten, Britta und Dieter Rucht. 2013. „Die Protestierenden gegen 'Stuttgart 21'- einzigartig oder typisch?“ In Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster (Hg.): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, 97-125. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2011. *Glossar: Demografische Begriffe*. <https://www.bpb.de/izpb/55938/glossar-demografische-begriffe>. Abruf am 12.08.2020.
- Daphi, Priska, Sebastian Haunss, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert, Simon Teune und Sabrina Zajak. 2016. „Größtenteils links und protestertfahren–Befragung der Teilnehmenden der TTIP-Demonstration in Berlin.“ *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 29 (1): 123-128. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2018/03/Working-Paper_TTIP.pdf. Abruf am 10.01.2021.
- Daphi, Priska, Piotr Kocyba, Michael Neuber, Jochen Roose, Dieter Rucht, Franziska Scholl, Moritz Sommer, Wolfgang Stuppert und Sabrina Zajak. 2015. *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*. Berlin: ipb Working Paper. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2015/03/protestforschung-am-limit_ipb-working-paper_web.pdf. Abruf am 10.01.2021.
- Della Porta, Donatella (Hg.). 2009. *Another Europe: conceptions and practices of democracy in the European social forums*. London: Routledge.
- Etzioni, Amitai. 1970. *Demonstration democracy*. New York, London & Paris: Gordon and Breach.
- Hadjar, Andreas und Rolf Becker. 2007. „Unkonventionelle Politische Partizipation im Zeitverlauf.“ *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59 (3): 410-439.
- Haunss, Sebastian, Priska Daphi, Leslie Gauditz, Philipp Knopp, Matthias Micus, Philipp Scharf, Stefanie Schmidt, Moritz Sommer, Simon Teune, Roman Thurn, Peter Ullrich und Sabrina Zajak. 2017. *#NoG20: Ergebnisse der Befragung von Demonstrierenden und der Beobachtung des Polizeieinsatzes*. Berlin: ipb Working Paper. https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2017/11/NoG20_ipb-working-paper.pdf. Abruf am 10.01.2021.
- Haunss, Sebastian und Moritz Sommer (Hg.). 2020: *Fridays for Future - Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung*. Bielefeld: Transcript.
- Holt Giménez, Eric, und Annie Shattuck. 2011. „Food crises, food regimes and food movements: rumblings of reform or tides of transformation?“ *The Journal of peasant studies* 38 (1): 109-144.
- IPCC. 2019. *Intergovernmental Panel on Climate Change Special Report on Climate Change, Desertification, Land Degradation, Sustainable Land Management, Food Security, and Greenhouse gas fluxes in Terrestrial Ecosystems. Summary for Policymakers*. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2019/08/4.-SPM_Approved_Microsite_FINAL.pdf. Abruf am 10.01.2021.
- Klandermans, Bert, Jacquelin van Stekelenburg, Dunya van Troost, Anouk van Leeuwen, Stefaan Walgrave, Joris Verhulst, Jeroen van Laer und Ruud Wouters. 2011. *Manual for Data Collection on Protest Demonstrations. Caught in the Act of Protest: Contextualizing Contestation (CCC)*. Amsterdam und Antwerpen: VU Amsterdam und University of Antwerp.
- Kuckartz, Udo. 2016. *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*. 3. überarbeitete Auflage. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Neuber, Michael und Beth Gharrity Gardner. 2020. „Germany“. In Joost de Moor, Katrin Uba, Mattias Wahlström, Magnus Wennerhag und Michiel De Vydt (Hg.): *Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays for Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world*, 117-138. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2020/02/Protest-for-a-Future-II-2020-02-24.pdf>. Abruf am 10.01.2021.
- Niehues, Judith. 2017. „Die Mittelschicht in Deutschland: vielschichtig und stabil.“ *IW-Trends-Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 44 (1): 1-20. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/publikationen/2017/322410/IW-Trends_1_2017_Mittelschicht.pdf. Abruf am 10.01.2021.
- Sommer, Moritz, Dieter Rucht, Sebastian Haunss und Sabrina Zajak. 2019. *Fridays for Future: Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*. ipb Working Paper 2/2019. <https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipb->

[working-paper_FFF_final_online.pdf](#). Abruf am 10.01.2021.

Stolle, Dietlind und Marc Hooghe. 2011. „Shifting inequalities: Patterns of exclusion and inclusion in emerging forms of political participation.“ *European Societies* 13 (1): 119-142.

Teixeira, Marco Antonio, Renata Motta, Lúcio Rennó, Marcelo Galiza Pereira de Souza und Lea Zentgraf. Im Erscheinen. *Marcha das Margaridas 2019: alimentação, mobilização social e gênero*. Food for Justice Working Paper 2/2021.

Van Aelst, Peter und Stefaan Walgrave. 2001. „Who is that (wo) man in the street? From the normalisation of protest to the normalisation.“ *European Journal of Political Research* 39 (4): 461-486.

Wir haben es satt! 2020. *Aufruf. Agrarwende anpacken, Klima schützen! - Wir haben die fatale Politik satt!*. Abruf am 23.10.2020. <https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/rueckblick/demo-2020/>. Abruf am 10.01.2021.

Zukunftsstiftung Landwirtschaft. 2016. *Agriculture at a Crossroads. IAASTD Findings and Recommendations for Future Farming*. Berlin: Zukunftsstiftung Landwirtschaft. https://www.globalagriculture.org/fileadmin/files/weltaqrarbericht/EnglishBrochure/BrochureIAASTD_en_web_small.pdf. Abruf am 10.01.2021.

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)
<https://protestinstitut.eu/>